Breslauer  Zeitung.

Vierteljähriger Abonnementspreis in Breslau 2 Thlr., außerhalb incl. Porto 2 Thlr. $11\frac{1}{4}$ Sgr. Insertionsgebühr für den Raum einer fünftheiligen Zeile in Petitschrift $1\frac{1}{4}$ Sgr.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 509. Morgen-Ausgabe. Verlag von Eduard Trewendt. Donnerstag den 31. Oktober 1861.

Telegraphische Nachrichten.

Frankfurt, 28. Oktober. Hannover hat seinen bekannten Antrag am Bundestag wegen der Nordsee-Flottille vorläufig zurückgezogen.

London, 29. Oktober. Das Reuter'sche Bureau bringt Nachrichten aus New-York vam 19. d. M. Der englische Gesandte zu Washington, Lord Lyons, hatte gegen die Verhaftung englischer Unterthanen protestirt, weil die Autorität des Congresses zu derartigen Maßregeln nothwendig sei. Der Staatssekretär Seward hatte geantwortet, bei der gegenwärtigen Krisis müßten sich alle Klassen der Gesellschaft vor den zur Aufrechthaltung der öffentlichen Sicherheit nothwendigen Maßregeln beugen. Außerdem hatte Hr. Seward bemerkt, daß er die Ansichten des englischen Gesandten in Bezug auf die constitutionelle Seite der Frage nicht theile.

General Price behauptete sich in seiner Stellung zu Carthago. In Missouri sah man einer Schlacht entgegen. Nach Kentucky waren bedeutende Verstärkungen gesandt worden. Bei Harper's Ferry hatten Gefechte stattgefunden.

Telegraphische Course und Börsen-Nachrichten.

Berliner Börse vom 30. Oktober, Nachmittags 2 Uhr. (Angekommen 3 Uhr 40 Min.) Staatsschuldscheine $89\frac{3}{8}$. Präm.-Anleihe 119. Neueste Anleihe $107\frac{3}{4}$. Schles. Bank-Verein $86\frac{1}{2}$ B. Oberschlesische Litt. A. $125\frac{1}{2}$. Oberschles. Litt. B. $113\frac{3}{4}$. Freiburger $110\frac{3}{8}$. Wilhelmsbahn $29\frac{1}{2}$ B. Neisse-Brieger $47\frac{1}{4}$. Tarnowitzer 27. Wien 2 Monate 72. Oesterr. Credit-Aktien $63\frac{1}{4}$. Oest. National-Anleihe $57\frac{7}{8}$. Oesterr. Lotterie-Anleihe $58\frac{1}{4}$. Oesterr. Staats-Eisenbahn-Aktien $131\frac{1}{4}$. Oesterr. Banknoten $73\frac{1}{4}$. Darmstädter 78. Commandit-Antheile $87\frac{1}{4}$ B. Köln-Minden $158\frac{1}{4}$. Rheinische Aktien $91\frac{1}{4}$. Posener Provinzial-Bank 89. Mainz-Ludwigshafen $109\frac{3}{4}$. — Verhältnißmäßig fest.

Wien, 30. Oktober, Morgen-Course. Credit-Aktien 177, —. National-Anleihe 79, 70. London —, —.

Berlin, 30. Oktober. Roggen: matter. Okt. $51\frac{3}{4}$, Okt.-Nov. $51\frac{3}{4}$, Nov.-Dez. $51\frac{5}{8}$, Frühj. 52. — Spiritus: schwankend. Okt. $20\frac{1}{2}$, Okt.-Nov. $20\frac{1}{4}$, Nov.-Dez. $19\frac{7}{8}$, Frühj. $20\frac{1}{12}$. — Rüböl: behauptet. Okt. 13, Frühj. $13\frac{1}{2}$.

△ Der Siegesjubel der Reaction.

Man erinnert sich, mit welchem Ingrimm die feudale Partei den Beschluß auffaßte, daß an die Stelle der beabsichtigten Huldigung die Krönung getreten sei; haben doch viele Mitglieder dieser Partei, wie man übereinstimmend aus Königsberg und Berlin meldet, ihren Aerger dadurch kundgeben zu müssen geglaubt, daß sie sich in ziemlich demonstrativer Weise von den Hoffestlichkeiten zurückgezogen haben. Huldigung oder, um den eigentlich technischen Ausdruck zu gebrauchen, Erbhuldigung — die paßte zu dem Wesen wie dem Namen nach so recht in das Programm der feudalen Partei; bei der Huldigung fand sich wohl auch Raum und Gelegenheit, um ein Wort über Bestätigung der „altverbrieften" ständischen Rechte einfließen zu lassen. Die Krönung hatte so eine Art Beigeschmack von modernem constitutionellen Wesen, oder wenigstens gab man sich Mühe, diesen Unterschied zwischen Krönung und Huldigung herauszufinden.

Jetzt jedoch — die Krönungsreden haben Alles wieder gut gemacht; an die Stelle des Ingrimms und Aergers ist der Siegesjubel getreten. Die Zeit ist nicht mehr fern, wo die Reaction mit vollen Segeln wieder einzieht. „Was mit den Krönungsreden verkündet worden — ruft die „Kreuzzeitung" in überströmender Begeisterung aus — es ist nichts, als daß Se. M. der König nicht mehr die Wahl zu treffen haben zwischen den beiden Principien, welche heute die Welt entzweien und sich die Herrschaft streitig machen. Ob Legitimität, ob Volkssouveränetät; ob Erbrecht, ob allgemeines Stimmrecht; ob Concentration der Fülle staatlicher Macht und Hoheit in der Hand des Königs oder constitutionelle Theilung der Gewalten; ob persönliches verantwortliches Regiment des Fürsten oder unverantwortliche Parlaments- und Minister-Regierung; ob Unterthan, ob Staatsbürger, — der König von Preußen hat bei der Krönung verkündet, daß seine Wahl getroffen ist."

Aber nicht nur die höchste Billigung und Zufriedenheit der Kreuzzeitungspartei haben sich die Krönungsreden errungen, sondern sie enthalten auch ein ganz neues Programm. Die Worte, welche der König bei Uebernahme der Regentschaft und unmittelbar nach der Thronbesteigung gesprochen, und die vom Volke, also nicht von der Kreuzzeitungspartei, mit so großem Enthusiasmus aufgenommen worden — diese Worte existiren für die „Kreuzzeitung" nicht mehr; sie sind aufgehoben durch die Krönungsreden, denn das Programm von Gottes Gnaden ist nach ihrer Ansicht nichts als „eine Kriegserklärung des altpreußischen Königthums gegen die Souveränetäts-Gelüste des Liberalismus und der Demokratie; es ist die öffentliche Erklärung des Königs, die Volksvertretung, bei voller Achtung ihrer beschworenen Rechte, doch stets als seine Unterthanen betrachten und behandeln zu wollen; es ist das feierliche Gelöbniß Gott und den Menschen gegenüber, niemals darauf verzichten zu wollen, der verantwortliche Herrscher Preußens und der geborene erste Vertreter des preußischen Volkes und Staates zu sein; es ist der Absagebrief an die europäische Revolution und die Verkündigung des Bündnisses mit jenem alten „Alliirten" Preußens, der trotz der Vorsehung in Paris noch — wie in Zieten's Tagen — die Geschicke der Völker lenkt."

So weit der Dithyrambus auf die „neue Aera" der Kreuzzeitungspartei, die vom Volke mit solcher Sehnsucht erwartet wird, daß sich soeben alle Nüancen des Liberalismus rüsten zum Wahlkampfe gegen die Bestrebungen des Feudalismus, mit solcher Sehnsucht, daß alle Fraktionen der liberalen Partei oder „mit offenem Visir" Constitutionelle und Demokraten, wenn auch ihre Unterschiede noch zehnmal trennender wären, als sie wirklich sind, in dem Einen wenigstens einig sind: nur keine Herrschaft des Feudalismus, nur keine Manteuffel-Westphalen'sche Periode wieder!

Auf die sprudelnde Begeisterung folgt die nüchterne Reflexion: leider — seufzt die „Kreuzzeitung" mitten in ihrem Siegesjubel — ist es noch nicht so weit; der hinkende Bote kommt nach; noch besteht das gegenwärtige Ministerium: „Die königlichen Worte lauten, als wenn die zeitigen Minister nicht da wären; die Minister regieren theilweise (wie klug! z. B. Hr. v. d. Heydt) als wenn die königlichen Worte nicht gesprochen wären." Und an einer anderen Stelle: „Die königlichen Worte haben zwar die Prinzipien und Zwecke des Ministeriums verurtheilt, aber sie haben deren Träger und Bahnbereiter gelassen."

Fort also mit diesen „Trägern und Bahnbereitern"; fort mit dem gegenwärtigen Ministerium! Das ist ja das Alpha und Omega unserer feudalen oder conservativ-constitutionellen Partei, der Angelpunkt, um den sich alle ihre Bestrebungen drehen. Ob Königthum von Gottes Gnaden — ob constitutionelle Theilung der Gewalten — wer möchte die „Kreuzzeitung" für so albern halten, daß sie diesen Unterschied für ernst nähme, daß sie darin die brennende Frage der Parteien sähe: Sturz des Ministeriums — wenigstens gebührt ihr das Verdienst, daß sie das offen ausspricht und nicht gleich unsern Conservativ-Constitutionellen, die sich zehnmal entschuldigen, daß es ihnen ja nicht in den Sinn kommt, das Ministerium zu stürzen, um den Brei herumgeht.

„Andere Träger und Bahnbereiter" — wo könnte man sie besser finden als in den Reihen der Kreuzzeitungspartei? Und wenn es mit Herrn v. Manteuffel durchaus nicht mehr geht; die Partei hat ja stets eine so ausgezeichnete Regierungskunst bethätigt, daß es ihr nicht so schwer fallen kann, eine Menge „Träger" aufzustellen, welche „die Bahn bereiten", und wenn es auch zum zweitenmale die **Bahn nach Olmütz** wäre. Zwar denkt das Volk mit Schrecken zurück an jene Zeiten des polizeilichen und administrativen Willkürregiments — aber was schadet's; befanden sich doch die „kleinen Herren" unter demselben außerordentlich wohl; zwar erregte die jede Scham abwerfende Wahl-Corruption Ekel und Widerwillen gegen das ganze System — aber die feudale Partei verschaffte sich durch diese Corruption die Majorität; zwar ging die Gesinnungs-Spionage der „politischen Zuverlässigkeit" bis auf den Nachtwächter herab — aber dafür gab es auch keine Grundsteuer; zwar hatte Preußen die ihm gebührende Stellung im Rathe der europäischen Mächte so weit verloren, daß der Abgesandte Preußens über sich berathen lassen mußte, ob er zum pariser Congresse zugelassen werden sollte — aber trotz alledem und alledem war es für die „kleinen Herren" der feudalen Partei die schönste und glücklichste Zeit. Das Ministerium Manteuffel-Westphalen steht in zu gutem Andenken in Preußen und Deutschland, als daß es nicht möglichst schnell erneuert werden sollte. „Andere Träger und Bahnbereiter also" — ob Preußen seine wieder gewonnene Position in Deutschland und Europa von Neuem aufgiebt, das ist ja Nebensache.

Wir haben unsere Ansicht über die Krönungsreden früher bereits ausgesprochen und dem Nichts hinzuzufügen; constitutionell im gewöhnlichen Sinne dieses Wortes finden wir sie nicht, aber es wird auch durch dieselbe unsere Verfassung nicht alterirt. Was wir damals sagten, wiederholen wir heute: an uns allein liegt es, ob wir die Bedeutung des Landtages als einer blos berathenden Corporation, oder als eines Faktors der Gesetzgebung, ohne dessen Zustimmung nie ein Gesetz erlassen werden kann, auffassen wollen; an uns liegt es, zu zeigen, daß in Preußen, wie in jedem constitutionellen Staate, „eine constitutionelle Theilung der Gewalten" wirklich besteht, denn die gesetzgebende Gewalt ist nach der beschworenen Verfassung getheilt zwischen König und Volk, d. h. dem Landtage; an uns liegt es, den Beweis zu führen, daß der Landtag nicht aus „Unterthanen" besteht, die blos zu gehorchen haben, sondern die sich bewußt sind, daß zu jedem gesetzgeberischen Akte ohne Ausnahme ihre Zustimmung eine nicht zu umgehende und in der Verfassung begründete Nothwendigkeit ist. Die jetzigen Wahlen haben kund zu thun, ob die Grundsätze des Liberalismus oder die in der preußischen Geschichte mehr als einmal verurtheilten Prinzipien der Kreuzzeitungs-Partei gelten sollen.

Preußen.

Pl. **Berlin,** 29. Okt. [Zu den Festlichkeiten. — Die Reise nach Breslau. — Die ländliche Polizeiverwaltung. — Der Fackelzug der Studentenschaft.] Die Gäste des kgl. Hofes beginnen sich immer mehr zu verringern. Der Erzherzog Karl Ludwig von Oesterreich ist gestern abgereist, morgen wird der Graf von Flandern Berlin verlassen, und bis Sonnabend, wo der Großherzog von Sachsen-Weimar k. H. von hier sich nach Hannover begiebt, werden sämmtliche fremde Fürsten sich verabschiedet haben. Gestern Abend fand bei den Majestäten im k. Palais eine musikalische Soiree unter Mitwirkung der italienischen Sänger und Sängerinnen statt. Heut begeht der k. Hof das Geburtsfest des Prinzen Adalbert, zu dessen Feier Diner bei den Majestäten veranstaltet ist. Am Abend erscheint der Hof bei dem Fest des Herzogs von Magenta in dem eigens hergerichteten Salon des Gesandtschaftshotels. Es sind hierzu 800 Einladungen ausgegeben und vielfache Bewerbungen um solche wegen des verfügbaren Raumes abschläglich beschieden worden. — Auf der Reise der Majestäten nach Breslau werden sich Allerhöchstdenselben mehrere k. Prinzen anschließen, von dem Hofstaate werden den König begleiten: der Oberhofmarschall Graf Pückler, der Ober-Ceremonienmeister Graf Stillfried und der Oberst-Kämmerer Graf Redern. — Im k. Heroldsamte ist man jetzt mit Anfertigung der Adelsdiplome für die jüngst nobilitirten Personen beschäftigt. Man irrt übrigens, wenn man annimmt, daß die Nobilitirungs-Gesuche jetzt ihre Endschaft erreicht haben, es ist im Gegentheil eine erneute nicht unbeträchtliche Zahl derartiger Petitionen eingegangen. — Im Ministerium des Innern ist man eifrig mit den Vorarbeiten zu den Gesetzen wegen Regulirung der ländlichen Polizeiverwaltung und der Gemeindeordnung beschäftigt. In Bezug auf den erstgenannten Gegenstand sind, zur Feststellung der Bedürfnißfrage, Gutachten von den Ober-Präsidenten und Regierungs-Präsidenten eingefordert worden, welche jetzt zum größeren Theil eingegangen sind. Es liegt zur Prüfung und Benutzung für die Referenten und Dezernenten ein ungemein umfassendes Material vor; dem Vernehmen nach sind die Urtheile über Nothwendigkeit von durchgreifenden Reformen ziemlich einstimmig, nur über das Maaß weichen die Stimmen beträchtlich von einander ab. Allem Anschein nach wird sich die Einbringung der Vorlagen in die Kammern bis in die Mitte des Februar verzögern. — Der gestern Abend den Majestäten von der berliner Studentenschaft gebrachte Fackelzug machte einen sehr imposanten Eindruck, und die Antwort des Königs an die Deputation der Studirenden hat unter den letzteren großen Enthusiasmus hervorgerufen. Auf dem nach Verbrennung der Fackeln abgehaltenen Commers erschienen auch der Rector magn. und ein Theil der Dozenten. Der erstere, Prof. Dr. Magnus, brachte ein Hoch auf das deutsche Studententhum, Prof. Dowe auf den anwesenden Nestor der Dozenten, den greisen Böckh, und dieser erwiderte in einer zwischen weihevollem Ernst und herzlichem Humor gehaltenen Rede den Toast mit einem Hoch auf die berliner Studenten.

Königsberg, 24. Oktbr. [Das Schloß.] Bei der letzten Anwesenheit des königlichen Hofes im königsberger Schlosse ist die Wichtigkeit desselben als einer bequemen Zwischenstation zwischen Berlin und Petersburg anerkannt und etwa 30,000 Thaler dazu bestimmt worden, 56 Zimmer desselben fortan und zwar permanent in einen bewohnbaren Zustand zu setzen und mit einem neuen Ameublement zu versehen. (K. H. Z.)

Frankfurt a. O., 27. Oktbr. [Die deutschen Farben.] Das hiesige „Patriotische Wochenblatt" enthält folgenden Artikel: „Unsere Stadt dürfte noch nie so festlich geschmückt gewesen sein, wie bei der jüngsten Anwesenheit unsers geliebten und hochverehrten Herrscherpaares.

Ganz besonders ist jedoch das lebende Bild auf dem Balkon des Pätzelschen Hauses erwähnenswerth: Germania der Borussia die Krone reichend, das in dem Augenblicke sichtbar wurde, als der Wagen der Majestäten d r Front des Pätzelschen Hauses sich näherte. Der Veranlasser dieser Huldigung that sehr wohl daran, sein Vorhaben möglichst geheim zu halten; man würde zweifelsohne in gewissen Kreisen alles Mögliche aufgeboten haben, die Ausführung zu verhindern. Die gewaltigsten Anstrengungen hat man ja gemacht, die schuldlosen deutschen Fahnen zu beseitigen, die in Gemeinschaft mit den preuß. und weimarschen Fahnen die Häuser zierten; selbst das schöne Geschlecht hat für die Einziehung derselben gewirkt. Es ist thatsächlich, daß der Herr Oberbürgermeister in der ihm eigenen gewandten Weise vergeblich die angebliche Abneigung der Majestäten gegen die deutschen Fahnen vorgestellte, und als ihm Niemand dies glauben wollte, die Drohung einfließen ließ, das Königspaar nur durch die Straßen führen zu wollen, wo diese verhaßten Farben nicht sichtbar wären. Indeß alle von ihm und in seinem Auftrage zur Beseitigung der deutschen Fahnen gemachten Anstrengungen hatten nur den winzigen Erfolg, eine einzige deutsche Fahne zu beseitigen; der Eigner derselben zog aber mit der deutschen auch sofort seine preußischen Fahnen ein. Wir würden diese trübseligen Anstrengungen gar nicht berühren, wenn sie nicht einen tiefen Mißton in die allgemeine Feier des Abends gebracht hätten. Noch größer aber ist die Entrüstung, welche die Führung der königlichen Herrschaften bei der Umfahrt veranlaßt hat. Als Montags durch das Festprogramm bekannt wurde, welche Straßen das geliebte Herrscherpaar fahren würde, hat manche arme Wittwe, mancher Familienvater, der es gewiß nicht übrig hat, sein Fenster geschmückt, in der zuversichtlichen Hoffnung, sein König werde es sehen. Indeß diese freudige Erwartung sollte bitter getäuscht werden. Der Herr Oberbürgermeister. der Vorsitzende des Festcomite's, welches das Programm erlassen, hatte es überdies trotz dringender Abmahnung eines Comite-Mitgliedes für gut befunden, nicht allein die durch dasselbe besonders bezeichneten Hauptstraßen der Stadt unberücksichtigt zu lassen, sondern auch den königlichen Zug durch die Kollegienstraße, den untersten Theil der Scharrnstraße und die Jüdenstraße, kurz, durch Straßen zu führen, welche in der spärlichsten Weise erleuchtet waren. Das Festcomite und die Vertreter der Stadt werden hoffentlich Rechenschaft darüber verlangen, daß ein so großer Theil unserer Bewohnerschaft in der bittersten und herbsten Weise getäuscht werden konnte."

Magdeburg, 28. Okt. [Eine wichtige Frage für die Presse.] Die hiesige „Magdeburger Zeitung" hat in neuerer Zeit mehrfach Ausfälle gegen den bernburgischen Minister v. Schätzell gebracht und in Folge dessen hat dieser Letztere, um gegen die ihm unbekannten Correspondenten einen Prozeß anstrengen zu können, bei dem hiesigen Stadtgerichte den Antrag gestellt, den Chefredacteur der „Magdeburger Zeitung", Hoppe, über die Namen dieser Correspondenten eidlich zu vernehmen. Der Redacteur übernahm die persönliche Verantwortlichkeit für jene Artikel, weigerte sich aber, die Namen der Verfasser zu nennen. Das Stadtgericht betrachtete diese Weigerung nach preußischen Gesetzen für gerechtfertigt und wies deshalb den Minister v. Schätzell mit seinem Antrage zurück. Auf eine Beschwerde dieses Letzteren hat indeß das Appellationsgericht die eidliche Vernehmung des Redacteurs verfügt, gegen welche Verfügung dieser aber wiederum bei dem Obertribunal Beschwerde eingelegt hat. Die Entscheidung dieser letzteren Behörde ist noch nicht bekannt geworden.

Saarbrücken, 26. Oktbr. [Wahlkandidaten.] Eine von dem hiesigen Wahlcomite der deutschen Fortschrittspartei zusammenberufene Versammlung von Urwählern hielt eine Vorwahl über die zu wählenden Abgeordneten ab. Die von dem Comite aufgestellten Kandidaten, Professor Virchow und Franz Duncker in Berlin, und Geheimer Bergrath Sello von hier, wurden mit großer Majorität gewählt.

Nümbrecht, 25. Oktbr. [Epidemie.] Die vor fast zwei Monaten in hiesiger Gegend zuerst aufgetretene rothe Ruhr hat, der „Köln. Ztg." zufolge, seit einigen Wochen einen epidemischen Charakter angenommen und bereits viele Opfer gefordert.

Oesterreich.

⊳ **Wien,** 29. Okt. [Gerüchte über Aenderungen im Ministerium. — Die Antwort auf die Repräsentation des siebenbürger Guberniums. — Grammont, de Moustier.] Mehrere wiener Blätter sprechen heute von einem Gerüchte, laut welchem Fürst Carlos Auersperg, der Präsident des Herrenhauses, in das Cabinet eintreten soll. Nach einer Version würde derselbe zum Nachfolger des Grafen Rechberg im Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten und zum Ministerpräsidenten, nach einer andern nur für letztere Funktionen bestimmt sein. Die Gleichzeitigkeit, mit welcher die hervorragenderen wiener Blätter heute dieses Gerüchtes erwähnten, läßt dasselbe bedeutungsvoller erscheinen, als man ursprünglich beim ersten Auftauchen desselben glaubte. Die Genesis dieses Gerüchtes ist, wie ziemlich verläßlich verlautet, die, daß man in der Umgebung des Herrn v. Schmerling nach einem Nachfolger für den Grafen Rechberg auslugend auf den Namen des Fürsten Auersperg verfiel und diesem Cavalier dem Staatsminister als eventuellen Leiter der auswärtigen Angelegenheiten in Vorschlag brachte. Herr v. Schmerling fand zwar das Projekt, den Fürsten, welcher niemals in der Diplomatie gedient hatte, mit der Leitung der auswärtigen Angelegenheiten zu betrauen, zu kühn; meinte aber, daß Se. Durchl. einen ganz passenden Ministerpräsidenten geben würde, für den Fall, daß durch das Ministerverantwortlichkeitsgesetz Erzherzog Rainer zum Rücktritte von seinem gegenwärtigen Posten genöthigt werden sollte. Ob Fürst Auersperg selbst mit einem solchen Plane einverstanden wäre und die ihm zugedachte Stelle annehmen würde, ist übrigens eben so eine offene Frage, wie die der eventuellen Zustimmung des Kaisers in einen derartigen Vorschlag. Fürst Carlos Auersperg hatte in früherer Zeit einmal, als er im Namen des hohen Adels an allerhöchster Stelle gegen das Bach'sche System, die Aufhebung der Verfassung und der Grundrechte demonstrirte, eine etwas peinliche Scene. Die Erinnerung an dieselbe soll bei Hofe nicht verwischt sein, und dürfte wohl die kaiserliche Einwilligung zum Eintritte des Fürsten in das Cabinet nicht so leicht erlangen lassen. Fürst Carlos Auersperg gilt zwar für keinen Gelehrten, soll aber ein ganz verständiger, ja in vieler Beziehung beinahe schlauer Mann sein, dessen politische Ueberzeugung ihn fest an der Februarverfassung halten läßt. Als Präsident des Herrenhauses — er verdankt die Ernennung zu dieser Stelle bekanntlich eigenthümlichen Personalverhältnissen in unserer allerhöchsten Aristokratie, — machte sich Fürst Carlos wenig bemerkbar, leitete übrigens die Debatten mit Geschick und einer ganz eigenthümlichen Bonhomie und ließ sein kaustisches Naturell nur selten zum Durchbruch kommen.

Was über die Nachfolgerschaft des Grafen Rechberg sonst noch gesagt wird, namentlich die Gerüchte, welche den Minister ohne Portefeuille Grafen Esterhazy als künftigen Minister der auswärtigen Angelegenheiten bezeichnen, verdient alles wohl nur in sofern Beachtung, als damit dem Gefühle der ferneren Unhaltbarkeit der Stellung des Grafen Rechberg Ausdruck verliehen wird.

Die Antwort, welche auf die Repräsentation des siebenbürgischen Guberniums nach Herrmannstadt abging, scheint die Absicht der Regierung anzudeuten, die im Erlasse vom 16. Sept. festgestellten Wahlbestimmungen aufrecht zu erhalten und den Landtag auf Grundlage derselben wirklich einzuberufen. Damit wird übrigens dem Magyaren-

thum, welches durch jene Wahlbestimmungen noch immer in außerordentlicher Weise begünstigt ist, neue Gelegenheit zu Intriguen im Sinne der Unionspartei geboten.

Marquis de Moustier, der frühere französische Botschafter, welcher bekanntlich in gleicher Mission nach Konstantinopel geht, machte heute seine Abschiedsvisiten bei Hofe, während der neue Gesandte, Herzog von Grammont, seinen ersten offiziellen Besuch in der Staatskanzlei abstattete. Gerade deshalb, weil so eben hier ein Wechsel in der Gesandtschaft stattfindet und der neue Vertreter Frankreichs eben erst introduzirt wird, glaubt man der Mittheilung der „Indep. belge“, laut welcher der Herzog von Magenta nächster Tage in einer besondern Mission von Berlin aus hierher kommen soll, keine besondere Beachtung schenken zu müssen. Man glaubt, daß Louis Napoleon sich wohl hüten werde, einen Gesandten, der soeben in Wien eingeführt wird, durch eine derartige außerordentliche Mission in den Hintergrund zu drängen und ihm damit gewissermaßen das Prestige, als sei er der Mann des Vertrauens seines Souveräns, rauben werde.

C. **Wien**, 29. Oktober. [Die Repräsentation der ungarischen Statthalterei an Se. Majestät liegt jetzt dem „Pesther Lloyd“, ihrem vollen Wortlaute nach, vor. Das Aktenstück besagt im Wesentlichen Folgendes: Ungarn habe durch das Oktoberdiplom nach 12 langen Jahren jene avitische Verfassung zurückerhalten, unter deren Schutz es Jahrhunderte hindurch geblüht. Nachdem im Einzelnen alles aufgezählt, was Ungarn durch die Wiederherstellung seiner Autonomie und des Comitatssystem zurückbekommen, heißt es in dem Aktenstücke weiter, der Statthalterei-Rath habe die innere Verwaltung des Landes übernommen in der Hoffnung, daß die noch in der Schwebe gelassenen Fragen durch den Landtag eine definitive Lösung finden und durch die Krönung für immer beseitigt werden würden. Das Hauptbestreben dieses Dikasteriums sei daher darauf gerichtet gewesen, die hie und da auftauchende Gereiztheit der Gemüther zu beschwichtigen. „Dieses ernste Streben von Ew. Majestät ungar. Regierung fand bei den meisten Jurisdictionen des Landes keine Unterstützung, und statt nüchterner Berathung und Erwägung wurde die gesetzliche Stellung von Ew. k. k. apostol. Hofkanzlei und königl. ungar. Statthaltereirath in Zweifel gezogen. Die hieraus entspringenden Beschlüsse der städtischen und Comitats-Commissionen konnten aber um so leichter die äußersten Grenzen überschreiten, als es den Obergespänen nicht gelang, die ruhigeren Elemente im Interesse der Absichten von Ew. Majestät ungar. Regierung zu benutzen.“ Es wird sodann weiter ausgeführt, wie die Municipien, indem sie sich auf das Terrain der 48er Gesetze stellten, der Verwaltung schwere Hindernisse in den Weg gelegt haben. Demungeachtet habe die Statthalterei die Hoffnung nicht aufgegeben, es werde die Aufregung der Gemüther der kälteren Ueberlegung Platz machen, so daß die durch die 48er Ereignisse unvermeidlich gewordene endgiltige Regelung der Verhältnisse im Wege der Gesetzgebung werde erfolgen können. Der Statthaltereirath will sogar bemerkt haben, daß nach dem Reskripte vom 16. Januar die allgemeine Beruhigung erfreuliche Fortschritte gemacht habe, als durch den Erlaß des Februarpatentes alles aufs neue in Frage gestellt worden sei. Dadurch sei das mühsam großgezogene Vertrauen erschüttert worden; es seien die alten Besorgnisse in größerem Maße aufgetaucht; und dieser ungünstige Einfluß habe auch auf die Zweige der inneren Verwaltung nicht ohne Folgen bleiben können. Die Willfährigkeit der Comitate, ihr Budget der Statthalterei zu unterbreiten, sei dadurch vermindert worden; und wo ein Comitat sich gehorsam gezeigt, da sei die Statthalterei bezüglich der Anweisung der Comitats-Ausgaben bei den Finanzbehörden auf alle ersinnlichen Hindernisse gestoßen. In Folge davon habe sich das Mißtrauen gegen die Statthalterei gemehrt; und noch höher sei es gestiegen, als die Regierung die serbische Nationalversammlung einberufen, und im Mai alle k. k. Civilbeamten, Staatsdiener und Finanzwächter in Ungarn der Militärjurisdiktion unterstellt habe. Ein hervorragender Theil der Bevölkerung wünsche den friedlichen Ausgleich, ohne aber diesen Wunsch von der Idee einer unabhängigen Regierung und der auf den alten Fundamentalgesetzen beruhenden Landesrechte trennen zu können. Durch die mit den Gesetzen in Widerspruch stehende Einmischung fremder Behörden sei aber auch der Glauben der besser Gesinnten erschüttert worden, „indem sie erfahren müssen, daß bei der Ausbreitung des mit der Idee eines geordneten Staates nicht verträglichen Dualismus die Existenz einer konstitutionellen Regierung immer mehr in den Hintergrund trete.“ Es wird endlich die Ueberzeugung der Statthalterei constatirt, daß jene Verfügungen, welche seit Auflösung des Landtages gegen einzelne Comitate erlassen worden, den gewünschten Erfolg auf konstitutionellem Wege nicht erzielen, sondern daß alle von der alten Verfassung des Landes abweichenden Versuche nur die Erregtheit der Gemüther steigern und die Verwikkelungen vermehren werden. Es folgen sodann die aus der telegraphischen Depesche hinlänglich bekannten Vorschläge.

Aus Wien, 27. wird dem „Hirnök“ geschrieben: Heute Vormittag wurde die bekannte Repräsentation des königl. ungarischen Statthaltereiraths durch Se. Exc. den Hrn. Hofkanzler Grafen Forgach Sr. k. k. Majestät unterbreitet. Se. Majestät nahm dieselbe in Gnaden an, hält es jedoch unter den gegenwärtigen Verhältnissen noch für unmöglich, die Wünsche des Statthaltereirathes zu erfüllen. Die Antwort an das Dikasterium wird wahrscheinlich in Form eines königl. Reskriptes herabgelangen. Die meiste Sorge verursacht in Wien die Feststellung eines Systems, welches im Gegensatze zu der sich entfaltenden Anarchie, im Interesse der Gesellschaft eine schnelle und energische Administration und Rechtspflege ermöglicht. Vorläufig wurde, um der weiteren Verbreitung der Anarchie entgegenzuwirken, für nothwendig gehalten, im ganzen Laude die Municipal-Berathungen zu verbieten. Man kann sich denken, daß diese Maßregel nicht allein dasteht. Der wiener Correspondent des „Sürgöny“ schreibt die Entstehung der letzteren Maßregel dem in mehreren Comitaten gefaßten Beschlusse zu, daß diejenigen für Vaterlandsverräther erklärt werden würden, die in Staatsdienste treten. Auch erfährt „Sürgöny“ auf telegraphischem Wege, daß Se. Exc. der Tavernikus Majlath seine Entlassung neuerdings eingereicht habe, und die Annahme derselben außer Zweifel sei.

Frankreich.

Paris, 27. Okt. [Zu Gunsten Oesterreichs.] Der „Moniteur“ übernimmt in einem Briefe, den er sich seiner Gewohnheit gemäß aus München schreiben läßt, die Vertheidigung der Steuerausschreibung in Oesterreich durch das kaiserliche Patent. „Niemals,“ sagt der „Moniteur“, „ist die Grundregel: Salus populi suprema lex, besser angewendet worden als in diesem Falle. Die interessirten Einwendungen eines übertriebenen und dogmatischen Constitutionalismus können nicht über die unabänderliche Nothwendigkeit den Sieg davontragen. Die Herrscher sind berufen, über die Existenz und die Sicherheit der ihrer Sorgfalt anvertrauten Völker zu wachen. Es giebt Augenblicke, wo das Staatsoberhaupt allein verantwortlich wird, wo auf ihm allein die Geschicke aller beruhen. Dann beherrscht er, über winzige und untergeordnete Rücksichten sich erhebend, die Parteien, unterdrückt die sträflichen Ausschreitungen, giebt aus eigenem Antriebe der Verwaltung einen mächtigen und heilsamen Anstoß, sich vorbehaltend, der erste in die Grenzen der Gesetzlichkeit zurückzutreten, sobald der Sturm der Ruhe gewichen. Franz Joseph gehorcht heute dem Erhaltungstriebe, welcher ihm nicht erlaubt, Oesterreich in Verwirrung sinken und untergehen zu lassen.“ Obgleich es Niemand wundern mag, in dem amtlichen Blatte der kaiserlich französischen Regierung einer solchen Auffassungsweise des konstitutionellen Verwaltens und der Gesetzlichkeit überhaupt zu begegnen, zeigt man sich doch in politischen Kreisen von der Wärme überrascht, mit welcher die letzte Maßregel der österreichischen Regierung vom „Moniteur“ vertheidigt wird. Und diese Fürsprache zu Gunsten des wiener Cabinets mit der Stellung, welche der Kaiser der Franzosen seit einiger Zeit der römischen Frage gegenüber einnimmt, zusammenhaltend, sind viele der Meinung, daß die kaiserlich französische Politik eine Schwenkung nach Oesterreich hin zu machen im Begriff stehe. Sie erklären dies für um so wahrscheinlicher, als man am hiesigen Hofe sehr wohl von den Freundlichkeiten unterrichtet ist, die Lord Palmerston der österreichischen Regierung zu erweisen sich anstellt. Andere jedoch erklären die Auslassung im „Moniteur“ zu Gunsten Oesterreichs durch den Umstand, daß die oberste Leitung des amtlichen Blattes dem Grafen Walewski zufällt, der von jeher für den Kaiser Franz Joseph und das österreichische Regierungssystem, wie es auch war, geschwärmt hat. — In Folge des Rundschreibens des Ministers des Innern, die religiösen Gemeinschaften betreffend, haben einige Verzweigungen der Gesellschaft des heil. Vincenz von Paula sich selbst freiwillig aufgelöst. (D. A. Z.)

— Das diplomatische Personal Frankreichs besteht aus 290 Agenten (96 politische und 194 Consular-), die ersteren zählen 11 Gesandte, 23 bevollmächte Minister und 62 Gesandtschafts-Secretäre. Das Gehalt der Gesandten ist sehr verschieden. Diejenigen in Petersburg und London erhalten 300,000 Fr., diejenigen in Wien 200,000 Fr., in Konstantinopel und Rom 140,000 Fr., in Berlin und Bern 100,000 Fr., in Neapel und Turin 80,000 Fr. und derjenige in Brüssel 70,000 Fr. Das Maximum der bevollmächtigten Minister ist 80,000 Fr., das Minimum 30,000 Fr. Das Gehalt der Gesandtschafts-Secretäre steigt von 5- bis 14,000 Fr., mit einer Zulage von 1- bis 4000 Fr., je nach dem Gesandtschaftsposten. Das Gehalt der General-Consuln variirt zwischen 18- und 60,000 Fr. Nach dem Budget von 1862 beträgt das Gesammtgehalt aller dieser Agenten 6,222,800 Fr.

[Sorge für Algerien.] Die französische Regierung verfolgt unablässig den Plan, zwischen Algerien einerseits und Kano und Timbuktu, so wie später zwischen dem algierischen und dem senegalischen Frankreich regelmäßige Karawanen- und Geschäftsverbindungen herzustellen. Die Gefangennahme des Mohammed-Ben-Abdallah ist ein neuer Schachzug auf diesem Gebiet. Der „Moniteur de l'Armee“ giebt darüber interessante Aufschlüsse. Dieser Scherif hatte sich vor mehreren Jahren ins Tuat zurückgezogen und von dort ein Netz von Umtrieben gesponnen, um alle Verbindung zwischen dieser Oasengruppe und den Franken im Norden abzuschneiden. Als der französische Reisende und Emissair Heinrich Duveyrier 1859 bis El Golen vorgedrungen war, wurde er daselbst als Gefangener gehalten, beraubt und mit dem Tode bedroht und nach 48 Stunden aus der Stadt vertrieben. Im letzten Sommer war die Sache noch schlimmer geworden, und Mohammed-Ben-Abdallah war es gelungen, mit dem Chambaa von El Golea, den Bewohnern des Tuat und den Tuareg-Hoggar einen Zug gegen Laghuat zu unternehmen, der jedoch fehlschlug und den Franzosen Gelegenheit bot, den Mann zu fassen, der Lust hatte, den Abd-el-Kader der Oasen zu spielen. Den Franzosen steht jetzt Tuat offen, und der Schrecken, der sich der Bewohuer in diesem Theile der Sahara bemächtigt hat, wird für die französische Herrschaft Früchte tragen. Die Oase von Tuat bildet den nördlichen Knotenpunkt der drei Straßen, die südöstlich nach Kano, südwestlich nach Timbuktu und noch weiter südwestlich Tyschyt, auf der Grenzlinie zwischen Mauren und Negern führen. Von letzterem Punkte oder von Schingavia gilt es dann, regelmäßigen Verkehr mit Bakel und St. Louis am Senegal zu gründen.

Großbritannien.

London, 26. Oktbr. [Besorgnisse.] In politischen Kreisen herrscht fortwährend eine unbestimmte Angst vor dem kommenden Frühjahre, die durch die raschen Fortschritte des Ausstellungsgebäudes nicht im Geringsten beschwichtigt wird, wogegen Finanzleute aus der französischen Geldklemme die schönsten Hoffnungen für die Erhaltung des europäischen Friedens destilliren. Die pariser Kaufmannsbriefe lauten in der That höchst unerquicklich, und von dem Arcanum der „Presse“, die Bank von Frankreich möge ihre Depositen verzinsen, um alle disponiblen Kapitalien Frankreichs an sich zu ziehen, hält man hier blutwenig, weil man nirgend besser weiß, wie sehr das ganze Bankwesen Frankreichs in der Kindheit liegt (verglichen mit dem englischen) und wie schwer sich Kapitalien maßregeln lassen. — Aus Petersburg ist heute die interessante Privatnachricht eingetroffen, daß die Artillerie-Akademie eine Petition an den Kriegsminister gerichtet hat, in welcher die betreffenden Offiziere bitten, daß ihnen 5 pCt. ihrer Gage zur Unterstützung der armen Studenten abgezogen werden mögen. Das ist bezeichnend für die Stimmung. (K. Z.)

Rußland.

St. Petersburg, 26. Okt. [Manifest des Kaisers. — Die Universität. — Vorfall in einem Cadettenhause.] Die amtlichen Blätter enthalten ein Manifest des Kaisers, vollzogen zu Livadia den 16. d. M., worin die glücklich erfolgte Niederkunft der Großfürstin Olga Feodorowna in der gewöhnlichen Form zur öffentlichen Kenntniß gebracht wird. — Nach einer Mittheilung in der „Indep.“ wäre es zwischen dem Senat der Universität und dem Curator, General Phillipson, zu einer interessanten Unterredung gekommen. Nachdem die Untersuchung, ob die Ordnungswidrigkeiten der Studenten einen politischen Zweck gehabt, nichts dergleichen ergeben hatte, verlangte der Curator zu wissen, ob der Senat dafür Garantie übernehmen wolle, daß, wenn die Wiederöffnung der Universität, wie gewünscht, vor Ankunft des Kaisers (28. Oktober) geschehe, nicht neue Unordnungen bei dieser Gelegenheit zum Vorschein kommen würden. Der Senat erwiederte, daß er seine Schuldigkeit thun werde, jedoch keinerlei Gewährleistung übernehmen könne. Als hierauf der Curator sich ausließ, daß durch eine Verstärkung der Polizei die Ordnung wohl aufrecht zu erhalten sein werde, erhob sich der Rektor, Platneff, und sprach sich freimüthig dahin aus, daß die Universität ohne ihre Autonomie nicht bestehen könne, und daß die neuen Reglements sich mit diesem Erforderniß nicht vertrügen. Der Senat stimmte dem Rektor einmüthig bei. Der Curatur hat versprochen, die Sache dem Minister Putiatine vorzutragen, ohne jedoch Hoffnung auf einen Erfolg zu erregen. — Auch in einem Cadettenhause hat eine Auflehnung der Zöglinge stattgehabt; sie hatten Beschwerden wegen schlechter und geringer Speisung, vergriffen sich an dem Oekonomen des Corps und mißhandelten ihn gröblich. Da jedoch bei der Untersuchung die Beschwerden der Cadetten begründet gefunden wurden, hatten keine Bestrafungen statt, sondern es wurde Vorkehrung getroffen, daß ähnliche Mißbräuche nicht mehr vorkommen können.

Petersburg. [Verfassungsgerüchte.] Eine Correspondenz der „Indep.“ aus St. Petersburg v. 20. Okt. erwähnt der mehrfach aufgetauchten Gerüchte, daß der Erlaß einer Verfassung für Rußland bevorstehe und glaubt dieselben auf eine Adresse zurückführen zu können, welche der Adel mehrerer Gouvernements, darunter das Gouvernement von Moskau, dem Kaiser nach seiner Rückkehr aus der Krim zu übergeben beabsichtige, um von demselben größere Rechte und Garantien zu erbitten, deren Ueberreichung indeß bis zum nächsten Januar, dem Zeitpunkte der gewöhnlichen Adels-Versammlungen, ausgesetzt worden sei, weil die Uebergabe einer solchen Adresse außer der Zeit als eine Gesetzwidrigkeit hätte betrachtet werden können. In der Adresse, welche der Berichterstatter selbst abschriftlich in Händen gehabt haben will, stellt der Adel dem Kaiser vor, daß er sich dem Willen des Kaisers in der Bauern-Emancipations-Frage gehorsamst unterworfen und seine Interessen durch Hingabe eines Theils seines Grundeigenthums geopfert habe und daß er demzufolge sich berechtigt glaube, eine Gewähr für den Besitzstand des ihm noch gebliebenen Grundeigenthums zu erbitten. Andererseits verweist der Adel darauf, daß er fortwährend seine Hingebung an die Interessen des Kaisers bewiesen habe, weshalb er nicht weniger zu verdienen glaube, als Polen und Finnland gewährt worden sei; er bitte daher gleichfalls um Gewährung der diesen Ländern bewilligten politischen Rechte.

X. **Warschau**, 28. Okt. [Zerwürfniß zwischen Wielopolski und der Statthalterschaft.] Sonnabend den 26. erschien zu dem in der Commission für Cultus und Unterricht redigirten amtlichen Organ, „Dziennik Powszechny“ eine Beilage, welche das Projekt zur Zinsablösung der Bauern enthielt, wie es dem Staatsrath zur Begutachtung und später dem Kaiser zur Bestätigung vorgelegt werden soll. Das Projekt hat ganz die Form eines Gesetzes, fängt an: Wir Alexander I. u. s. w., nur daß die nöthigen Unterschriften fehlen. Im Hauptblatt des „Dziennik“ ist ein erläuternder Artikel, der zum Schlusse sagt, das Projekt sei deshalb im Voraus veröffentlicht, damit Sachkundige Gelegenheit hätten, ihre Ansichten darüber mitzutheilen, ehe es im Staatsrath zur Berathung käme.

Aus diesem Verfahren wird jetzt Herrn v. Wielopolski seitens des Statthalters der Vorwurf des Hochverraths gemacht, und alle heutigen Blätter mit Ausnahme des amtlichen Organs selbst enthalten folgende Mittheilung:

„In der Beilage zu Nr. 23 des „Dziennik Powszechny“ ist ein Projekt eines Ukases über Zinsablösung veröffentlicht. Da dieses Projekt noch durch Niemand bestätigt und sogar der Besprechung (im Staatsrath) nicht unterlegen ist, kann es nicht als ein wirklich bestehendes betrachtet und seine Veröffentlichung nur einem Mißverständniß zugeschrieben werden.“

Dieses Zerwürfniß zwischen Wielopolski und dem Statthalter, hinter welchem Staatsrath Platanow besonders seine Hand hat, beschränkt sich nicht blos auf diese Mittheilung. Herr v. Wielopolski, dessen Demission nicht angenommen wurde, hatte gestern die Absicht, wie er dies schon bei der ersten Anwesenheit Suchozanets gethan, seinen Sohn nach Petersburg zu schicken, wahrscheinlich um dem Kaiser, der in diesen Tagen von seiner Reise zurückkehrt, lebenstreue Schilderungen hiesiger Zustände entwerfen zu lassen. Der junge Herr v. Wielopolski bestellt Extrapostpferde, sie werden ihm aber mit der Mittheilung versagt, daß die Post auf höheren Befehl handle. Der Vater Wielopolski begiebt sich selbst zum Ober-Postdirektor, dieser zeigte ihm den Befehl Suchozanets und giebt ihm nach langen Stürmen eine Abschrift desselben. Herr Fredrau, Adjutant des Grafen Lambert und Freund des jungen Wielopolski, bestellt auf seinen Namen Pferde und fährt zur Stadt hinaus. Der junge Herr v. Wielopolski fährt mit einer Droschke ihm nach, um draußen in den seiner wartenden Wagen einzusteigen und Herrn Fredrau abzulösen. Doch am Schlagbaum, wo jetzt jeder Aus- und Einfahrende sich legitimiren muß, wird der junge Markgraf „auf höheren Befehl“ angehalten und muß zurück in die Stadt. Er versucht sein Heil auf der Eisenbahn, doch der „höhere Befehl“ verfolgt ihn überall hin. Mit einem Worte, die Familie Wielopolski ist auf höheren Befehl in Warschau internirt. Inzwischen ist Herr Potapow mit russisch gefärbten Berichten nach Petersburg abgereist, der natürlich dem Herrn v. Wielopolski den Vorsprung abgewinnen wird.

Als Hr. v. Wielopolski heute die den „Dziennik Powszechny“ betreffende obenerwähnte Notiz zur Einrückung in dieses Blatt zugesandt erhielt, zerriß er das Papier auf der Stelle. Sie sehen, wie es bei uns aussieht. — Heute veröffentlicht jedoch das amtliche Organ wiederum eine Gesetzesvorlage über Schulreformation, doch ohne die Anfangsworte: „Wir Alexander II. u. s. w. Das Verbrechen des Hrn. v. Wielopolski wird vorzüglich darin gefunden, daß er ein Projekt veröffentlicht, welches die Hoffnungen der so vielfach gegen ihre Herren gehetzten Bauern gar sehr enttäuschen und darum dieselben bewegen würde, sich gütlich mit ihren Herren zu vergleichen, was sie meist bis jetzt deshalb verweigerten, weil Agenten ihnen die böswilligsten Meinungen über die Absichten der Gutsbesitzer beigebracht hatten. Die Wahrheit dieser Auslegung lasse ich dahin gestellt, genug, daß ein offenes Zerwürfniß im Schoße der Regierung existirt, welches wahrlich nicht geeignet ist, ihre geschwächte Autorität wieder herzustellen. Gegenüber diesen Ereignissen verschwinden die Berichte und Gerüchte von Gefangennehmungen und Freilassungen. Nur ein Factum theile ich Ihnen heute als verbürgt mit. Der hier sehr bekannte Literat L. wurde gestern gegen 3 Uhr Nachts geweckt und von einem Offizier aufgefordert, ihm zu folgen. Hr. L. rüstet sich wie zur Citadelle, doch der Offizier sagt ihm, er wäre nur zum Oberpolizeimeister beschieden. Hr. L. folgt unter Bewachung aufs Rathhaus, sitzt dort bis 10 Uhr, der Oberpolizeimeister erscheint, fertigt mehrere Personen ab und wendet sich endlich an Hrn. L. „Sie sind schlecht notirt, Sie schreiben Correspondenzen für auswärtige Blätter.“ „Excellenz, ich schreibe keine Correspondenzen.“ „Haben Sie nie welche geschrieben?“ „Seit einigen Jahren habe ich aufgehört, mich damit zu beschäftigen.“ „Nun, gehen Sie nach Hause, aber ich wiederhole es Ihnen, Sie sind schlecht notirt, sehen Sie sich vor, daß Sie nicht wieder in meine Hände kommen.“

Dazu also läßt man einen Menschen aus dem Bette holen! Nachträglich noch die Mittheilung, daß die mehrerwähnte Beilage des Regierungsblattes auf der Post zurückgehalten worden ist. Ferner sagt man, das amtliche Organ sei nunmehr wie die anderen politischen Blätter unter die neuerdings bei der Post und unter Präsidium des Oberpostdirektors eingesetzte Censurbehörde gestellt worden.

Osmanisches Reich.

Belgrad, 23. Okt. [Garaschanin's Mission. — Triumph des Lieutenants Rodojkovic.] Die heutige offizielle Zeitung bringt uns die auf die Mission des Herrn Garaschanin bezüglichen Aktenstücke. Und was sehen wir daraus? Nichts anderes, als daß wir nach langwierigen Unterhandlungen auf demselben Punkte angelangt sind, auf welchem wir schon im vorigen Jahre standen, nachdem die vom Fürsten Milosch nach Konstantinopel gesandte Deputation gezwungen war, die türkische Hauptstadt plötzlich zu verlassen, mit Hinterlassung eines Protestes, welcher die hohe Pforte in große Aufregung versetzte und von der türkenfreundlichen Diplomatie als eine Art von Kriegserklärung angesehen wurde. Auch des Fürsten Michael Bereitwilligkeit, die schwebende Frage in gütlichem Wege zu regeln, ist an dem Widerwillen der Pforte gescheitert. Sie setzte den Unterhandlungen solche Schwierigkeiten entgegen, die jeden Ausgleich unmöglich machen. Das klare unantastbare Recht des serbischen Volkes, die Türken außerhalb der Festungen nicht mehr im Lande zu dulden, hat sie zu einer Frage erhoben und zum Gegenstande sehr verwickelter Unterhandlungen gemacht. Die Memoiren des Herrn Garaschanin wurden durch unlogische und ausweichende Antworten erwidert. Jedoch der Expedient der Pforte für die Regulirung der Lage Belgrads ist — man weiß nicht komisch oder traurig. Da möchte sie ein gemischtes Kriminalgericht sehen, welches die zwischen den Serben und den Türken vorkommenden Kriminalfälle „nach dem Sinne des türkischen Kriminalgesetzes“ zu entscheiden hätte, und dem auch die Stadtpolizei anvertraut wäre. Nun möchten wir wissen, wo dieses „türkische Kriminalgesetz“ steckt? Ihre gelehrten Orientalisten werden wohl verlegen sein, dieses Geheimniß türkischer Gesetzgebung ausfindig zu machen, falls die englischen Lords ihnen nicht zu Hilfe kämen, und dann ist das Räthsel gelöst: Serbien ist wieder unter die civilisatorische Macht des Korans gesetzt, um das dreißigjährige Staatsleben dieses jungen Landes durch den heilbringenden Koransegen zu fördern. Somit wäre die serbisch-türkische Frage à l'amiable, nach türkischer Auffassung, ausgeglichen.

So stehen wir mit den Türken. Eine gemischte Commission wird wohl zu Stande kommen, um die türkischen Besitzungen (Belgrad ausgenommen) abzuschätzen, und die Türken aus dem Innern des Landes auswandern zu lassen. Kein Mensch glaubt jedoch an ein Resultat, und: tempus et meum jus ist auf alles dieses türkische Hin- und Herziehen unsere Antwort.

Die Duell-Angelegenheit ist zu Ende. Sie wissen, daß der Offizier Radojkovic nach Kragujewatz transferirt ist, um die weiteren Verwicklungen zu vermeiden. Da aber ist er im Triumph empfangen worden. Er wurde förmlich auf den Händen getragen und mit Siegeskränzen geschmückt. Ver-

gebens giebt man sich die Mühe, die Sache in manchen Blättern zu verdrehen, indem man ihr offiziellen Charakter geben möchte: da ist aber nichts Offizielles. Entweder sollen die gesellschaftlichen Conveniezen beobachtet werden, oder man muß sich eine Zurechtweisung gefallen lassen. (Wdr.)

Amerika.

[Die Zurüstungen zu der See-Expedition], von welcher man so große Dinge erwartet, schleppen sich länger hin, als man geglaubt hat und es beginnt sich die Besorgniß zu regen, daß die an der südlichen Küste sehr heftigen und gefährlichen Novemberstürme herankommen werden, ehe man zum Ziele gelangt. Südliche Blätter plagen sich schon seit Wochen mit dem Gerüchte, daß New-Orleans von einer Bundesarmee erobert worden sei. Wahr ist nur, daß die den westlichen Zugang zu der Stadt beherrschenden Inseln Ship und Chandeleur Island vom Blokade-Geschwader genommen, auch die Telegraphen-Apparate an der äußeren Station zerstört worden sind und daß mehrere Bundesschiffe sich innerhalb der westlichen Barre gezeigt haben. Diese Demonstrationen haben jedenfalls hingereicht, Bestürzung und Schrecken unter den Secessionisten in New-Orleans zu erregen. Da man glaubt, daß die Bundes-Regierung es darauf abgesehen hat, diese Stadt zu dem Zwecke zu okkupiren, um einen Hafen für die Ausfuhr von Baumwolle zu haben, so hat der Gouverneur von Louisiana die Zusendung von Baumwolle nach New-Orleans aufs Strengste verboten. Die Rebellen sind also offenbar entschlossen, ihre Baumwolle von jedem unter Bundes-Autorität stehenden Hafen zurückzuhalten. Es ist zu fürchten, daß sie das durchsetzen, so lange nicht eine politische Contre-Revolution ihrem Despotismus ein Ende macht. Ein Vorspiel zu der See-Expedition ist am 5. Okt. bei Hatteras aufgeführt worden. Leider ist es dort durch die sträfliche Saumseligkeit der Bundesbehörden, die es ganz unterlassen haben, die wichtige Position am Hatteras-Inlet zu verstärken, dahin gekommen, daß die Rebellen, welchen man Zeit gelassen worden ist, sich von ihrem ersten Schreck zu erholen, bereits einen Versuch zur Rückeroberung des Forts machen konnten. Sie sendeten von der Roanoke-Insel eine aus 6 kleinen Küstendampfern und 3000 Mann bestehende Expedition nach der Nordspitze der Hatteras-Insel hinüber, verjagten einen dort aufgestellten Posten von Bundestruppen und schickten sich an, gegen das Fort hinabzuziehen, als die Dampfcorvette „Monticello" herankam und auf die Rebellencolonne ein heftiges Feuer eröffnete. Die Wirkung, welche dieses hervorgerufen habe, wird als furchtbar geschildert, der Verlust der Rebellen an Todten und Verwundeten nach Hunderten berechnet. Sicherheit gegen eine Wiederholung des Angriffs dürfte der Vorfall wohl gewähren, aber die Früchte des ersten Sieges bei Hatteras zu pflücken bleibt noch übrig.

Provinzial-Zeitung.

Breslau, 30. Oktober. [Tagesbericht.]

§§ Die Vorbereitungen zu den Festlichkeiten der kommenden Woche werden mit allem möglichen Eifer betrieben; nicht blos an der Ehrenpforte, auf dem Exercierplatz, auf dem Ringe und an vielen öffentlichen Gebäuden, sondern auch an Privathäusern wird emsig gearbeitet, um die Stadt zur rechten Zeit in ihrem vollen Glanze erscheinen zu lassen. Auf dem königlichen Schlosse sind heute bereits die ersten Sendungen von Equipagen, Garderoben und kostbaren Tafel-Geschirren, so wie die für die Arrangements bestimmten Persönlichkeiten des Hofmarschallamts eingetroffen. Außer den vielen bisher offiziell noch nicht bekannt gewordenen Deputationen und hohen Gästen aus der Provinz und von weiterher, unter denen mit Sicherheit Vertreter der Städte und Stände Schlesiens sein werden, erwartet man eine starke Deputation des Offizierkorps vom 7. Infanterie-Regiment, dessen Chef Se. Majestät der König selbst ist.

Zu dem gestern publizirten Festprogramme sind folgende Details hinzuzufügen. Die berittenen Corps, unter denen der Schlächter die Spitze bildet, werden von den Stadträthen Hrn. Seydel und Weißbach angeführt. Die Vorübungen im Reiten werden jetzt täglich vorgenommen, die Kretschmer und Fleischer sind alle gute Reiter, es scheint also mehr deshalb zu geschehen, um die Pferde an die Musik und das ruhige Zusammengehen zu gewöhnen. Das Costüm der berittenen Bürger und Kaufleute ist der gewöhnliche Festanzug, zum Abzeichen tragen die Herren eine schwarzweiße Cocarde auf den Hüten, die Pferde haben gleichmäßiges Sattelzeug, schwarzweiße Stirnbänder und Rosetten.

Es war von Seiten des Fest-Comite's beabsichtigt, Se. Majestät zu ersuchen, daß die Ankunft in Breslau etwa um eine Stunde früher, als das Programm für die Festlichkeiten besagte, stattfinden möge. Von der Ausführung dieses Vorhabens mußte indeß Abstand genommen werden, wonach also die Ankunft des Extrazuges mit den allerhöchsten und hohen Herrschaften auf dem hiesigen Centralbahnhofe am 4ten Nachmittags nicht vor 2 Uhr erfolgen dürfte. Zur Begrüßung Ihrer Majestäten fährt Se. Exc. der Hr. Ober-Präsident und wahrscheinlich auch Se. Exc. der Hr. kommandirende General bis zur Grenzstation auf schlesischem Gebiet entgegen.

Zu dem Empfange auf dem Centralbahnhofe sind nur die Spitzen der königl. Civil- und der Militärbehörden befohlen, die sich auf dem Perron aufstellen werden. Die Begrüßung der Majestäten durch die 112 Ehrenjungfrauen in Begleitung von 10 Ehrendamen geschieht in dem großen Parterre-Salon des Bahnhofsgebäudes. An die städtischen Behörden, welche den Einzug herkömmlicher Weise in der Ehrenpforte erwarten, werden sich die Vertreter der schlesischen Städte anschließen, die zu dem Krönungsgeschenk beigesteuert haben. Einen der hervorragendsten Glanzpunkte in der Reihe der bevorstehenden Festlichkeiten wird die Ueberreichung der Schenkungsurkunde bilden. Zu diesem feierlichen Akte auf dem rathhäuslichen Fürstensaale sind außer den offiziellen Deputirten auch alle Vorsteher der hiesigen Corporationen, welche an den Sammlungen für das Dampfkanonen-Boot „Schlesien" theilgenommen, durch besondere Karten eingeladen.

Bei der Enthüllungsfeier wird das Standbild Friedrich Wilhelm III. auf der östlichen Seite mit einer amphitheatralisch erbauten Tribüne eingefaßt. Auf diese werden die eingeladenen Vertreter der Behörden und Corporationen, etwa 300 an der Zahl, placirt sein. Außerdem werden 800 Karten auf vorherige Anmeldung an Damen und Herren aller Stände ausgegeben. Wahrhaft brillant wird die Illumination des Rathhauses sein, bestehend in 5000 Ballons, die abwechselnd in den preußischen, weimarischen, schlesischen und breslauer Farben glänzen. Die Front des Theaters soll diesmal mit elektrischem Lichte erleuchtet werden.

* Das Theater-Repertoir der Festwoche ist folgendermaßen festgestellt:

Montag, den 4. November: „Dinorah" mit Frau Jauner-Krall in der Titelrolle.

Dinstag: „Das Herz vergessen", Lustspiel in 1 Akte von Puttlitz, Tänze und Fortunio's Lied, Operette von Offenbach.

Mittwoch: „Figaro's Hochzeit" mit Frau Jauner-Krall als „Susanne".

Donnerstag: „Der Gemahl vor der Thür," Operette von Offenbach; „Adrian von Ostade", komische Oper von Weigl und Tanz.

Freitag: Letztes Auftreten von Frau Jauner-Krall.

=o= Heut Vorm. fand um 11 Uhr in dem Fechtsaal der Universität eine zahlreich besuchte Studenten-Versammlung unter dem Vorsitz des Herrn stud. jur. Schneider statt. Gegenstand der Berathung war die Betheiligung an den bevorstehenden Einzugs-Festlichkeiten. Nachdem der Antrag, eine Commission zu ernennen, welche über die Art der Betheiligung Vorschläge machen sollte, aus Mangel an Unterstützung gefallen war, lagen noch zwei Anträge vor. Der erstere ging darauf hinaus, sich gar nicht zu betheiligen, der zweite nur eine Deputation zu entsenden. Mit nahezu an Einstimmigkeit grenzenden Majorität wurde die Nichtbetheiligung beschlossen. Damit fiel eo ipso der zweite Antrag. Der Eröffner der Versammlung, Herr stud. Hoppe, theilte aus der gestrigen Unterredung mit dem Rector magn. mit, daß letzterer hauptsächlich deshalb eine Vertretung der Studentenschaft, event. der Verbindungen wünsche, damit die Universität als Macht im Staate würdig vertreten sei. Da indeß bei der Feier des Jubiläums der Grundsatz, daß Rector und Senat allein die Universität repräsentiren, maßgebend gewesen und bis jetzt offiziell noch nicht desavouirt worden ist, beschloß man die Nichtbetheiligung. Dies war der einzige, allgemein von den Anwesenden anerkannte Grund, und möchten wir bald etwaigen Stimmen, welche die Nichtbetheiligung als politische Demonstration ausgeben wollen, hierdurch entgegentreten.

=o= Morgen findet eine von dem provisorischen Comite für Flottensammlungen unter der Studentenschaft berufene Studentenversammlung statt. Wahrscheinlich wird das erwähnte Comite einen monatlichen Beitrag (à 2½ Sgr.) vorschlagen.

Wie wir hören, wird auch die hiesige akademische Liedertafel binnen Kurzem ein Gesangfest zum Besten der deutschen Flotte abhalten. Dem patriotischen Feste dürfte die allgemeinste Theilnahme, zumal die Leistungen der Liedertafel unter ihres trefflichen Dirigenten, stud. phil. E. Bohn Leitung stets anerkennenswerth waren, nicht fehlen.

=X= Auch die Ressourcen lassen in nächster Woche die Abend-Concerte ausfallen, werden aber für diesen Ausfall reiche Entschädigung finden, da nach Beschluß der Gesellschafts-Vorstände am 9. November den Mitgliedern sämmtlicher hiesigen Ressourcen im Schießwerder ein großes Ballfest gegeben wird. Herren zahlen 10, Damen 7½ Sgr., Gäste einen halben Thaler die Person.

=X= Das gestrige Abonnement-Konzert der Kapelle des königl. 2ten schles. Grenadier-Regts. Nr. 11 war nur schwach besucht. Dessenungeachtet ließ Herr Faust das feinsinnig gewählte Programm herunterspielen und wußte sich durch den Beifall der kleinen andächtigen Gesellschaft entschädigt fühlen. Gewiß rührt dieser Mangel an Theilnahme von den in Aussicht stehenden Festlichkeiten her, die ohnehin alle glücklich Zuzulassenden, mit Zeit und Ausgaben in Anspruch nehmen werden. Nach dem Jubelrausch der nächst kommenden Tage, wenn erst die süße Gewohnheit des Daseins wieder ihren alten Verlauf nimmt, wird auch der Konzertbesuch wieder auf das herkömmliche Niveau sich erheben. Den 6. November findet übrigens ein allgemeiner, den 9. ein Subscriptions-Ball im Wintergarten statt.

△ In Nr. 507 der Bresl. Zeitung wird darauf hingewiesen, daß die Wahl der 8 Abgeordneten und 8 Stellvertreter der Steuerklasse A I. für den hiesigen Steuerbezirk Montag den 11. November 10 Uhr Vormittags angesetzt und daß es wünschenswerth sei, daß der Termin auf eine Nachmittagsstunde festgesetzt werde, da der größte Theil der Steuerklasse A I. die Börse besuche ꝛc. Es scheint dringend nothwendig, daß noch auf ein Moment hingewiesen werde, das sehr in's Gewicht fallen und den oben ausgesprochenen Wunsch kräftig unterstützen dürfte. Der Wahltermin fällt nämlich zugleich auf den ersten Markttag. Ein großer Theil der in jene Steuerklasse gehörenden Gewerbetreibenden ist dabei wesentlich interessirt und würde verhindert sein, der Wahl beizuwohnen, wenn der Termin nicht auf die späteren Nachmittagsstunden verlegt wird.

=X= Der Hutfabrikant Herr S. Riegner, welcher sich erst kürzlich hier etablirt, hat in dem Hause 48 der Schweidnitzerstraße einen Geschäftsladen eingerichtet, dessen ungewöhnlich großes Schaufenster die Aufmerksamkeit aller Vorübergehenden fesselt. Denn hier prangt in Pyramidenform aufgereiht, der elegante französische und englische Cylinder in den feinsten Qualitäten und die gefälligsten Modellhütchen der verschiedenen Frauenmoden, die in Form und sauberer Ausführung sich mehr für die Tracht der romantischen Nationen eignen, wozu wir Polinnen, Russinnen und Ungarinnen rechnen. Im Innern des Gewölbes sind alle Schränke mit den verschiedensten Mode-Hutarten gefüllt, und die Herren Cavour, Adalbert, Garibaldi u. s. w. bilden in dieser Hutregistratur die hervorragendsten Formen. Daher ist auch der Zuspruch ein sehr starker.

=bb= Der Wasserstand der Oder ist seit mehreren Wochen für die Schifffahrt ein sehr ungünstiger und für Verladungen sehr geringe Aussicht. So passirten die hiesige Oberschleuse vom 18. bis 28. d. M. nur 7 beladene und 2 leere Kähne und 13 Flösse mit 1924 Stämmen. — Der Oberpegel zeigte heut Mittag 12′ 4″. Verladungen niederwärts sind zahlreich vorhanden, können aber des niederen Wasserstandes wegen nicht effectuirt werden. Heut gegen Mittag passirten einige Flösse mit Holz die qu. Schleuse. — Der Bau des Fangdammes an der ehemal. Mathiasmühle wird langsam fortbetrieben, da die Arbeitskräfte durch die Baulichkeiten bei der Ehrenpforte und in dem Schießwerder absorbirt werden.

—* Einem Referendar, der heut in einem Parteienzimmer des Stadtgerichts (im 2. Stock) fungirte, wurde sein Ueberzieher, den er während der Amtsstunden abgelegt hatte, auf bis jetzt unermittelte Weise entführt. Der Düffelrock ist von brauner Farbe, mit schwarzem Sammetkragen und einer Brusttasche ausgestattet. Von dem frechen Diebe hat man noch keine Spur.

○ **Görlitz**, 29. Okt. Se. Maj. der König Wilhelm wird auf seiner Reise nach Breslau von einer Deputation der Stadt Görlitz in Kohlfurth begrüßt werden. Da voraussichtlich an diesem Tage von hier eine große Menschenmasse sich nach Kohlfurth begeben wird, um das hohe Herrscherpaar zu sehen, so dürfte es den Wünschen des Publikums sehr entsprechend sein, wenn die königl. Direction der Niederschlesisch-Märkischen Eisenbahn einen Extrazug nach Kohlfurth einrichtete. — Künftigen Sonntag Nachmittag 4 Uhr findet in der hiesigen Nicolai-Kirche ein großes geistliches Concert zum Besten der schlesischen Lehrer-Wittwen und Waisen-Kasse statt.

H. **Hainau**, 29. Okt. Hier erregt folgender sehr bedauerlicher Vorfall allgemeine Theilnahme. Vor etwa 10 Tagen bezog ein junges Mädchen in einem hiesigen Gasthofe ein Zimmer, war jedoch mehrere Tage hindurch unwohl und bettlägerig und unterzog sich der Behandlung eines Arztes, der die Folgen einer vorangegangenen Vergiftung erkannte. Die Kranke, deren Zustand indessen nicht für gefährlich erachtet werden konnte, blieb, obwohl die meiste Zeit im Bette zubringend, in der gemietheten Wohnung, wiederholte aber am vorigen Sonnabend die Vergiftung, der zufolge das bedauernswerthe Mädchen am Montage Nachmittags unter den heftigsten Schmerzen trotz ärztlicher Bemühungen verstorben ist.

c. **Löwenberg**, Ende Okt. [Zur Tages-Chronik.] Nachdem im hiesigen Kreise Fälle von Typhuserkrankungen vorgekommen sind, sind seitens des königl. Landrathamtes den Kreis-Insassen die betreffenden Anordnungen und Vorschriften zur Vermeidung einer weiteren Verbreitung dieser ansteckenden Krankheit in Erinnerung gebracht worden. — Die Stadtverordneten haben in ihrer letzten Sitzung am vorigen Freitage beschlossen, die vom evangelischen Vereine nachgesuchte Unterstützung, behufs Baues eines Kreis-Rettungshauses hieselbst so lange auszusetzen, bis seitens der anderen Mitstände des Kreises für dieses Vorhaben etwas Erhebliches werde geleistet worden sein.

△ **Glaz**, 29. Okt. [Zur Tageschronik.] Ein Frachtfuhrwerksführer fand in diesen Tagen bei Rückers seinen Tod, indem er schlafend, aus der Kelle fiel, und die Räder über seinen Kopf gingen. — Ferner erhing sich daselbst ein Bedienter im Keller. — Unsere Festung ist seit gestern in Belagerungszustand erklart, und sieht man des Abends die Truppen manövriren, — einzelne Werke sind während dieser Zeit permanent mit Truppen besetzt. — Den 6. Nov. eröffnet Hr. Bauer unser Theater, und ist es erfreulich, daß endlich einmal die Theaterräume einer gründlichen Renovation unterworfen sind. — Auf den Donnerstag, den 31. d. wird die Frage entschieden, ob hierselbst künftiges Jahr eine „Thierschau" abgehalten werden soll, — hoffentlich wird diese Frage bejaht werden. — Den 10. Nov. veranstaltet der hiesige Gewerbe-Verein einen „Handwerkertag", welcher von Handwerkern der ganzen Grafschaft beschickt werden wird, — zu demselben kommt auch Hr. Schuhmachermeister Panse aus Berlin, — ebenso werden sodann die stenographischen Berichte über den „Handwerkertag" erscheinen, in dem ein Stenograph aus Breslau gegenwärtig sein wird.

□ **Reinerz**, 29. Okt. Zur beabsichtigten Herstellung eines Kanonen-Bootes seitens der schlesischen Städte sind hier 42 Thlr. 6 Pf. abgeliefert worden, wovon 25 Thlr. aus der Kommunalkasse beigesteuert wurden, 17 Thlr. 6 Pf. aber durch Sammlungen aufgebracht worden sind. — Bei dem am 21. d. Mts. in unserem böhmischen Nachbarstädtchen Gieshübel stattgefundenen großen Brande verunglückte die Dienstmagd eines Kaufmanns, indem sie in einem Nachbarhause, wo sie mit retten half, den Tod in den Flammen fand.

=ch= **Oppeln**, 29. Okt. [Philomathie.] Der hierselbst seit dem 21. April 1860 bestehende philomathische Verein, bei dessen Constituirung sich 24 Personen als künftige Mitglieder meldeten, besteht gegenwärtig aus 33 Theilnehmenden. Statutenmäßig sollte der Verein den Zweck des wissenschaftlichen Ideen-Austausches durch Vorlesung von Arbeiten, durch freie Vorträge und kleinere wissenschaftliche Mittheilungen der Mitglieder, so wie durch daran sich knüpfende Diskussionen zu erreichen streben. In der Wirklichkeit hat sich aber bisher das Verhältniß in der Art gestaltet, daß bei den allmonatlichen Zusammenkünften jedesmal ein Mitglied eine von ihm verfaßte Abhandlung vorgelesen hat, und daß dann bei dem darauf folgenden Abendessen der Inhalt des Gehörten in zwangsloser Weise näher besprochen worden ist. Während des 1½jährigen Bestehens des Vereins sind 18 derartige Vorträge gehalten worden. In der letzten am 26. d. M. stattgefundenen Versammlung wurde auf Anlaß des Herrn Redners, Ehrenmitgliedes des Comite's zur Errichtung eines Opitz-Denkmals in Bunzlau, bei Tafel eine Sammlung zum Besten dieses Denkmals veranstaltet, die ohngefähr 3½ Thlr. ergab.

X **Groß-Strehlitz**, 29. Okt. Der Graf v. Posadowski auf Blottnitz und der Kreisrichter Ramisch zu Ujest haben durch einen Aufruf die liberalen Wähler des großstrehlitz-lublinitzer Wahlkreises zu einer Versammlung auf den 27. d. M. hierher berufen, in welcher sie diesen einen höheren Justizbeamten aus unserer Provinz als künftigen Vertreter des genannten Wahlkreises im Landtage empfehlen wollten. Zu dieser Versammlung sind nur 6 Personen erschienen, und es wird gesagt, die liberale Gesinnung der oben erwähnten beiden Herren sei noch zu unbekannt. Diese haben nun in der so dürftig ausgefallenen Versammlung hierselbst, den königlichen Appellationsgerichts-Präsidenten Burghard aus Ratibor als diejenige Person genannt, für deren Wahl zum Landtags-Abgeordneten sie agitiren. — In unserer Nachbarstadt Ujest hat man ebenfalls am 27. d. M. über eine Ovation berathen, welche in einem Fackelzuge mit 200 Fackeln bestehen soll, den man dem neuen Herzog von Ujest zu Ehren veranstalten will. — Ein ansehnlicher Theil der fast ohne Ausnahme verpachteten Domainen dieses Herrn wird Termin Johanni k. J. pachtlos, und ist unter bedeutendem Andrange von Pachtliebhabern bereits wieder für die Dauer von 18 Jahren unter ansehnlicher Erhöhung des bisherigen Pachtgeldes anderweit verpachtet worden.

Nachrichten aus dem Großherzogthum Posen.

Bromberg, 28. Okt. [Beschlüsse.] In der vorgestrigen Versammlung der hiesigen Mitglieder des Nationalvereins wurde dem „Bromb. Wochenbl." zufolge, beschlossen: 1) Zu einem Anschlusse an den Verein deutscher Landwirthe in der Provinz Posen, auch wenn derselbe seinen bisherigen exclusiven Charakter aufgeben sollte, liegt für die hiesigen Mitglieder des deutschen Nationalvereins kein Grund vor; sie sind jedoch bereit, in allen praktischen Fragen, welche das deutsche Interesse betreffen, mit dem Verein deutscher Landwirthe Hand in Hand zu gehen. 2) Es ist die Pflicht jedes Deutschen in der Provinz Posen, bei den bevorstehenden Wahlen zum Hause der Abgeordneten nur einem Deutschen die Stimme zu geben, und im Falle, daß die Wahl schwankt, auch dann, wenn er der extremen politischen Gegenpartei angehört.

Gesetzgebung, Verwaltung und Rechtspflege.

§ **Breslau**, 30. Okt. [Gerichtsverhandlung.] Vor der zweiten Criminal-Deputation des Stadtgerichts erschien heute eine Abenteurerin unter Anklage wegen einer Reihe der raffinirtesten Betrügereien. Die Angeklagte ist eine geschiedene Musiklehrer Emilie Joh. Pech, geb. Mietge, 53 Jahre alt, evangel., in Wronke geboren, Mutter von 3 Kindern, und bereits bestraft: durch das königl. Landgericht in Gnesen im Jahre 1829 wegen Hausdiebstahls mit 3 Monaten Zuchthaus, durch das königl. Kreisgericht zu Posen im Jahre 1849 wegen Diebstahls mit 7 Monaten Zuchthaus, und durch das königl. Stadtgericht zu Berlin wegen wiederholten Betruges mit 3 Jahren Strafarbeit und Stellung unter Polizeiaufsicht auf 5 Jahre. Nachdem sie im Jahre 1854 ihre Strafe in Berlin abgebüßt hatte, kam sie nach Breslau und hielt sich seitdem hier auf. Ohne einen bemerkbaren Erwerb lebte sie verhältnißmäßig auf hohem Fuße, angeblich von Unterstützungen reicher Gönner. Ihren näheren Freunden und Bekannten war es beschieden, ohne Wissen und Wollen die Rolle dieser Gönner zu spielen; denn unter den fabelhaftesten Erzählungen von ihrer harrenden Schätzen wußte die Pech ihnen beträchtliche Geldsummen abzulocken, wovon sie sich und ihrem unehelichen Sohne ein recht erträgliches Dasein bereitete. Aus der ziemlich umfangreichen Anklage mag das Wesentliche hier folgen.

1) Ueber drei Jahre lebte die Pech lediglich von den Instrumentenbauer Bernotheschen Eheleuten, mit denen sie von früher her bekannt war. Um sich nun Credit zu verschaffen, nahm sie zu einem bereits in Berlin mit Erfolg gebrauchten Manöver ihre Zuflucht. Sie erzählte nämlich den Bernoth's, sie sei Besitzerin eines Grundstücks mit Brauerei und Bäckerei im Großherthum Posen und habe von einer in Lemberg wohnhaft gewesenen Cousine eine sehr große Erbschaft zu erwarten, da bereits Erbeslegitimations-Termin bei dem hiesigen königl. Appellations-Gerichte angestanden habe. Ihre gegenwärtigen Geldverlegenheiten hätten sonach nicht viel zu bedeuten. Auch sehe sie täglich bedeutenden Geldsendungen einiger Freunde entgegen, namentlich eines Grafen Jaduszynski auf Neudorf bei Posen. Sie habe mit einem Sohne desselben ein Verhältniß gehabt, aus welchem ein Sohn und eine Tochter entstammten. Dieser Jaduszynski befinde sich wegen politischer Vergehen in Sibirien, habe aber von einer in Aussicht stehenden Amnestie des russischen Kaisers die Freiheit und ungeheuere Besitzungen in Polen und Rußland zu erwarten, wonächst er sie auch heirathen und die beiden Kinder legitimiren würde. Uebrigens erhalte sie auch regelmäßige Unterstützungen von einem reichen Herrn, Namens Tietze, welcher hier vor dem Nicolai-Thore wohne. — Die Familie Bernothe, welche allen diesen Angaben vollen Glauben schenkte, stellte sich sonach ihr zu Diensten. Da der Instrumentenbauer Bernothe, welcher über seine Ausgaben für die Pech genaue Rechnung in seinem Kalender führte, gestorben ist, und seine Kalender nicht zu ermitteln gewesen sind, läßt sich der Umfang der zugefügten Vermögensbeschädigung nicht genau abmessen. — An baarem Darlehn empfing die Pech von Bernothe einmal 300 Thlr., sodann 200 Thlr. in 4 Raten, in kleineren Beträgen sodann 26 Thlr. Während der ganzen eben genannten Zeit wohnte die Pech mit ihrem Sohne bei Bernothe's, ohne je zu bezahlen; sie erhielt nebst ihrem Sohne Kost, Wäsche, Kleidung; alle Rechnungen leider bis zu den Cigarren des Sohnes, selbst Wechselschulden bezahlte Bernothe, weshalb auch die Angabe, er habe 2—3000 Thlr. für sie verwendet, keineswegs unwahrscheinlich ist. Er sah sich genöthigt, allein 11 Flügel zu verkaufen, um seinen Gästen zu genügen. — Das allerdings sonderbar erscheinende Vertrauen der Familie Bernothe hatte die Pech dadurch errungen, daß sie ihre Vorspiegelungen durch Mancherlei unterstützte. So z. B. hatte ihr Sohn den Namen v. Jaduszynski angenommen; er trug einen Siegelring mit dem Wappen seiner Ahnen, führte gestempelte Briefbogen und Couverts, Visitenkarten mit seinem Wappen geziert. Sodann befand sich die Ww. Pech in der That mitunter im Besitze von Geldmitteln, von denen die Familie Bernothe nicht wissen konnte, daß sie der Ertrag ganz ähnlicher Schwindeleien seien, denen andere zum Opfer gefallen waren.

2) Bei ihrer ersten Wirthin, der Wittwe Nowack, hatte die Pech die Bekanntschaft der Schwestern C. und P. Raschke gemacht, welche die Aussicht hatten, von ihren Eltern sowohl eine gute Ausstattung, als auch später ein kleines Erbtheil zu erhalten. — Die P. klärte daher die beiden Mädchen über ihre (der Pech) Familienverhältnisse in erwähnter Weise auf. — Sie veranlaßte demnächst eine Liebschaft zwischen der C. Raschke und ihrem Sohne; diese verlobten sich auch und nunmehr trat die Pech offen mit dem Verlangen hervor: die Raschke sollte sich ihr Erbtheil sogleich herauszahlen lassen und ihr behufs Ermöglichung der Heirath übergeben. Die Raschke schöpfte jedoch Verdacht und das Verhältniß wurde aufgelöst.

3) Am großartigsten aber sowohl durch die angewendeten Mittel, als auch die Erfolge, war der dem Oberamtmann Nagel und seiner Tochter gespielte Betrug. — Die Pech war mit beiden 1859 bekannt geworden

und beschloß sie nach Kräften auszubeuten. Auch hier spielte sie die bereits bekannte Rolle mit wenigen Modifikationen. Sie gab an, Testamentserbin des verstorbenen Jaduszynski und wegen der Erbschaft mit dem kgl. Fiskus im Prozesse zu sein, dessen Objekt 60,000 Thlr. wären. Ihr Sohn, jetzt längst schon als Hr. v. Jaduszynski bekannt, bewarb sich um die Hand der Tochter des Nagel, und es gelang den bereits geschilderten Manövern, den Nagel zum Eingehen auf die Pläne der Pech zu bethören. Nachdem ihr Sohn sich mit Fräul. Nagel verlobt hatte, entdeckte die Pech, daß sie einem ihrer Verwandten in Polen 1000 Thlr. schuldete. Sie bewog Nagel ihr diese 1000 Thlr. baar vorzuschießen; stand doch der bewußte Prozeß in nächster Zeit zu gewinnen, worüber die Pech dem Fräul. Nagel einen angeblich vom Grafen Arnim unterzeichneten Brief vorgezeigt hatte. — Um nun die Adoption ihres Sohnes und demnach dessen Heirath baldigst zu bewirken, wollte die Pech bald darauf zu Jaduszynski reisen, auch um die sehr lange ausgebliebenen Rimessen nachzuholen. Natürlich brauchte sie dazu Geld, und Nagel war es, der ihr zu diesem Zwecke 1300 Thlr. gab. Darauf verschwand die Pech auf 4 Wochen, nachdem sie für den Fall ihres plötzlichen Todes dem Nagel ein 5mal versiegeltes Packet, angeblich das Vermögen ihres Sohnes enthaltend, übergeben hatte. Während der Abwesenheit der Pech erhielt Nagel einen in sehr schlechtem und unorthographischem Deutsch geschriebenen, angeblich von Jaduszynski herrührenden Brief, in welchem dieser sich freute, Nagels Bekanntschaft zu machen. Bei ihrer Rückkehr brachte die Pech zwar kein Geld, wohl aber Entschuldigungen des Grafen, welcher erst Papiere umsetzen müsse, was jedoch innerhalb 14 Tagen geschehen würde. Dies Versprechen ging natürlich nicht in Erfüllung. Ihrem Sohne mußte Nagel, damit jener behufs seiner Verheirathung ein lukratives Geschäft beginnen könnte, noch 1256 Thlr. als Darlehen geben. Er erhielt hierüber zwar einen mit dem Namen Jaduszynski ausgestellten Wechsel, dieser ist aber um so werthloser, als Hr. Pech verschwunden ist. — Da der räthselhafte Jaduszynski kein Geld schickte, die Adoption ebenso wenig, wie die Güter-Abtretung erfolgte und das erwähnte Packet, welches geöffnet wurde, statt des Vermögens nur werthlose Papiere enthielt, löste Nagel endlich das Verhältniß seiner Tochter mit Pech auf. Sein Vermögen ist also durch die Pech um zusammen 3,556 Thlr. beschädigt worden.

Die Angeklagte führte ihre Vertheidigung mit großer Zungenfertigkeit, verwickelte sich dabei zwar in mannichfaltige Widersprüche, wußte aber auch über ihr verfängliche Punkte nicht ohne bemerkenswerthe Routine hinwegzuschlüpfen. Sie gab zu, daß sie 3 Jahr 3 Monat von dem Kredit bei den Bernotheschen Eheleuten gelebt, und 5 Thaler monatlich zur Bezahlung der Miethe, sowie auch ein Darlehn von 200 Thlr. in Raten zu 50 Thlrn. empfangen habe. Doch bestritt sie jede betrügliche Absicht hier wie in allen übrigen Fällen und behauptete, daß sie theils selbst Vermögen besessen, theils Aussichten auf Erwerbung eines solchen gehabt habe. So hätte ihr der Vater den Miethzins eines eigenen Hauses auf dem Markte in Wronke auf zwanzig Jahre verschrieben, und ihr Beschützer von Jaduszynski ihr einmal 400 Rubel gegeben mit dem Versprechen, sie bald in Lublin wiederzusehen. — Auf die Vorhaltung des Präsidenten, warum sie sich nicht mit den nöthigen Beweismitteln über diese und ähnliche Angaben, sowie über den angeblichen Zweck ihrer Reise versehen, erwiderte die Angeklagte: wenn ich damals gewußt hätte, daß es so kommen würde .... In Betreff ihres Sohnes, der hier früher Schustergeselle war, und sich dann Adelstitel und Wappen beilegte, verweigerte sie jede nähere Auskunft. Nur so viel gab sie an, daß er sich des Adelstitels als außerehelicher Sohn des v. Jad. mit Recht bediente, und seine Verlobung mit der Tochter des Oberamtmann Nagel nur die Folge eines reinen Liebesverhältnisses war.

Nach den Ergebnissen der Voruntersuchung waren die sämmtlichen Behauptungen der Pech von ihren Aussichten auf Vermögenserwerbungen eben so wie der Roman von den Jaduszynski's gänzlich erlogen. Eine Familie dieses Namens existirt weder in Preußen noch im Königreich Polen, wie sich der jetzt bei Czenstochau ansässige Oberamtmann Nagel selbst überzeugt hat. Nächst den erwähnten Schwindeleien ist die Angeklagte auch eines Diebstahls von 4 Thalern aus dem unverschlossenen Wäschescheank ihrer ehemaligen Wirthin Nowack beschuldigt und geständig. Nachdem mehrere der getäuschten Personen den Thatbestand durch eidliche Aussagen erhärtet hatten, wurde die Pech wegen sämmtlicher Vergehen zu einer Gefängnißstrafe von 5 Jahren, 1000 Thalern Geldbuße, event. noch 1 Jahr Gefängniß, Verlust der Ehrenrechte und Stellung unter Polizei-Aufsicht auf 6 Jahre, verurtheilt.

— Das neueste Justiz-Ministerialblatt enthält ein Verzeichniß derjenigen Justizbeamten, welche bei der jetzigen Krönungsfeier mit Orden, Ehrenzeichen und sonstigen Gnadenbewilligungen bedacht worden sind. Die Zahl dieser Ordensverleihungen beträgt im Ganzen 168; davon sind 4 an das Justizministerium, 9 an das Ober-Tribunal, 31 an die Appellationsgerichte (und zwar 6 an die Präsidenten, 16 an die Räthe und 9 an die Subalternbeamten), 83 an die Stadt- und Kreisgerichte (und zwar 24 an die Präsidenten und Directoren, 28 an die Räthe und 31 an die Subalternbeamten), 7 an Beamte der Staatsanwaltschaft, 16 an Rechtsanwalte und Notare, 17 an Justizbeamte in der Rheinprovinz vertheilt worden. Auf Berlin fallen 28 Ordensverleihungen, darunter der Justizminister v. Bernuth, der Unter-Staats-Secretair Müller, die Geh. Ober-Justizräthe Schering und Meyer, die Ober-Tribunals-Präsidenten Uhden, Jähnigen und v. d. Hagen, die Ober-Tribunals-Räthe Brunnemann, Heinsius, Schütz und Weißgerber, die Kammergerichts-Räthe Buddee, Drogand, Rohden und Schnitger, der Stadtgerichts-Präsident Holzapfel, die Stadtgerichtsräthe Herrmanni, Mila und Pratsch. — Außer den Ordensverleihungen ist noch ein Landgerichts-Rath (v. Solomacher zu Koblenz) in den Freiherrnstand, ein Staatsanwalt (Lauhn zu Naumburg) in den Adelstand erhoben, und der Handelsrichter Pastor in Aachen zum Kommerzien-Rath ernannt worden.

— In Folge der gegen den Literaten Eichhoff verhandelten Anklage wegen unbefugter Führung des Doktortitels hatte der Literat Held im „Charivari" einen Artikel veröffentlicht, in welchem er nachzuweisen versuchte, daß die Staatsanwaltschaft den Beweis der Nichtbefugniß zur Führung des Doktor-Titels zu führen habe. Der Angeklagte provozirte deshalb auf richterliche Entscheidung und unterzeichnete zu dem Zwecke den Artikel mit „Held, Doktor der Philosophie". Die Staatsanwaltschaft erhob deshalb auch gegen ihn die Anklage wegen unbefugter Annahme des Doktortitels und der Richter erster Instanz verurtheilte den Angeklagten zu einer Geldbuße von 20 Thlrn. event. 14 Tagen Gefängniß. Gegen dieses Erkenntniß hatte Held die Appellation eingelegt, welche gestern beim Kriminal-Senat des Kammergerichts zur Verhandlung kam. Das Kammergericht sprach unter Abänderung des ersten Erkenntnisses das Nichtschuldig aus. Es wurde ausgeführt, daß die Frage wegen der Beweislast auf sich beruhen kann, da der Gerichtshof durch den verlesenen Artikel die Ueberzeugung gewonnen habe, daß der Angeklagte gar nicht behauptet habe, daß er selbst Doktor sei, sondern nur ein Experiment habe machen wollen. Der Gerichtshof konnte in dieser scherzweisen Anwendung des Doktortitels keine Annahme desselben finden.

Von dem bekannten Tribunalsrath Dr. Rausch ist in dem Verlage von Karl Heymann zu Berlin wiederum eine kleine Schrift: „Das Appellations-Referat nach Preußischem Gerichts-Gebrauch" erschienen, worin der Verfasser in vier Aufsätzen den Gebrauch der Zeitformen und die Sichtung des Aktenmaterials zum Referat, sowie den Vortrag der Beweismittel und Beweisresolute bespricht, und in einem fünften verschiedene Bemerkungen folgen läßt. Da in keinem der neueren, auch das Appellations-Referat behandelnden Werke von Thümmel, Schering und Koch so spezielle Besprechungen der hier abgehandelten Gegenstände zu finden sind, und der Verfasser noch am Schlusse seines Werkchens sieben sorgsam ausgewählte und fortlaufend durch Noten erläuterte Muster, unter Anderm eine Punktensache, mitgetheilt hat, so können wir diese Schrift insbesondere jüngeren Juristen aufs Beste empfehlen. π.

Handel, Gewerbe und Ackerbau.

† **Breslau,** 30. Oktbr. [Börse.] Bei matter Stimmung waren die Course der österr. Effekten etwas niedriger. National-Anleihe 57¾—57⅞, Credit 63¼—63⅛, wiener Währung 73⅙—73¼ bezahlt. Eisenbahn-Aktien und Fonds unverändert.

Breslau, 30. Oktober. [Amtlicher Produkten-Börsenbericht.] Kleesaat, rothe, wenig verändert, ordinäre 9½—10½ Thlr., mittle 11 bis 12 Thlr., feine 13—13¼ Thlr., hochfeine 13½—13¾ Thlr. — Kleesaat, weiße, sehr fest, ordinäre 9—12 Thlr., mittle 12½—14¼ Thlr., feine 17½ bis 18½ Thlr., hochfeine 19½—20 Thlr., exquisite über Notiz bezahlt.

Roggen (pr. 2000 Pfund) matt; gek. 2000 Ctr.; pr. Oktober 48 Thlr. Br., Oktober-November 47 Thlr. bezahlt und Br., November-Dezember und Dezember-Januar 47 Thlr. Br., Januar-Februar 47 Thlr. bezahlt und Br., Februar-März 47 Thlr. Br., April-Mai 47 Thlr. bezahlt und Br.

Rüböl wenig verändert; loco 13 Thlr. Br., pr. Oktober 13 Thlr. bezahlt, Oktober-November und November-Dezember 13 Thlr. Br., Dezember-Januar 13 1/12 Thlr. Br., April-Mai 13⅓ Thlr. Br.

Kartoffel-Spiritus schwach behauptet; gekündigt 9000 Quart; loco 19⅓ Thlr. Gld., zum Versandt 19 5/12 Thlr. bez., pr. Oktober 19 5/12—⅓ Thlr. bezahlt, Oktober-November 18⅚ Thlr. Gld., November-Dezember, Dezember-Januar und Januar-Februar 18⅝ Thlr. Gld. und Br., Februar-März und März-April 18⅝ Thlr. Gld. und Br., April-Mai 18⅚ Thlr. bezahlt u. Gld.

Zink. Gestern und heute wurden einige tausend Ctr. à 5 Thlr. 13¾ Sgr. bis 5 Thlr. 14 Sgr. loco Bahnhof bez. **Die Börsen-Commission.**

Wasserstand.

Breslau, 30. Okt. Oberpegel: 12 F. 6 Z. Unterpegel: — F. 9 Z.

Vorträge und Vereine.

? [Zum Seidenbau. — Vorstandssitzung.] Der königl. Förster Krauspe zu Zobten am Berge zeigt die Erfolge seines zweiten Versuches mit der Seidenzucht in diesem Sommer an. Da die Blattknospen in diesem Frühjahre zweimal erfroren waren, konnte er erst den 28. Mai die Grains auslegen (Seidel'sche). Von 1½ Loth Grains benützte er blos die Raupen der 2 Hauptausschlüpfungstage. Die Raupen gediehen gut, obschon die schweren Gewitter sehr auf die Freßlust störend wirkten. Er hatte circa 60 kranke Raupen. Die Coconsernte ergab 28 Metzen gute Cocons, für welche er pro Metze 1 Thlr. incl. Prämie bekam, mit dem Bemerken, daß dessen Cocons den meisten Seidengehalt geliefert hätten. Die Cocons waren klein und gingen 350 Stück auf die Metze, wahrscheinlich Brianza-Race. — Hr Eduard Scholz in Bunzlau berichtet, auf eine Anfrage vom hiesigen Vorstande, daß er in diesem Jahre keine Cocons zur Abhaspelung gekauft habe. Seine eigene Raupenzucht hat 25 Metzen Cocons ergeben. — Die diesjährige Seidenernte in Frankreich und Italien hat ein Resultat ergeben, welches quantitativ der des vorigen Jahres nicht nachstehe, doch stellten sich die Preise 15 bis 20 pCt. billiger. Der Grund dazu liegt größtentheils in den amerikanischen Wirren, welche eine Stockung im Absatz der Seidenfabrikate herbeigeführt haben. Es giebt Distrikte im südlichen Italien, wo die späteren Zuchten sehr stark durch Krankheit heimgesucht worden sind, so z. B. Carventras, Romans, Avignon, Aubenas, Apt, St. Hyppolyte, Vigan, Lassale; die Anfänge der diesjährigen Seidenzucht waren gut, das letzte Stadium tödtete jedoch kurz vor dem Einspinnen eine sehr große Anzahl der Raupen. Aus dem Jahresberichte des österreichisch-schlesischen Seidenbauvereins pro 1860 entnehmen wir, daß der junge Verein recht erfreuliche Fortschritte, sowohl in Bezug auf Mitglieder, als auf Anpflanzungen macht. Größere Gutsbesitzer, selbst die Krone, lassen ihm Unterstützung zu Theil werden, welche hoffen lassen, daß der Verein für diese Provinz recht segensreich wirken wird. Der Verein zählt 823 Mitglieder. Der Kassenbestand beträgt 667½ Gulden; beigegeben sind den Berichten mehrere recht interessante Aufsätze über Maulbeerbaum- und Seidenzucht. — Aus dem berliner Seidenbaubericht für die Provinz Brandenburg pro 1861—62 ersehen wir, daß dem berliner Vereine von 1849—1860 9918 Thaler aus Staatsmitteln zugeflossen sind, während dem hiesigen Vereine seit dessen Bestehen höchsten 80 Thlr. jährlich, nicht einmal direkt, sondern nur indirekt aus Staatsmitteln durch den hiesigen landwirthschaftlichen Central-Verein zugekommen sind. Die Einnahme bestand pro 1860—61 in Beiträgen: 567 Thlr. 12 Sgr., Unterstützung vom königl. landwirthschaftlichen Ministerium 1400 Thlr., Zinsen und Diverses 53 Thlr. 9 Sgr. 6 Pf., in Summa Einnahme: 3959 Thlr. 14 Sgr. 2 Pf. incl. Bestand von 1859 1887 Thlr. 10 Sgr. 8 Pf. Die Ausgaben betrugen 2874 Thlr. 28 Sgr. 7 Pf., so daß ein Bestand von 1084 Thlr. 15 Sgr. 7 Pf. bleibt. Auch der dortige Verein wünscht die Maulbeerschule prämiirt, nicht die Cocons. (Letztere ist durch ein Rescript des hohen Ministeriums aufgehoben.) Auf dem berliner Cocons-Markte waren 107 Seidenzüchter mit 3625 Metzen Cocons. Unter den Käufern waren viele ausländische, welche letztere jedoch nur Cocons behufs Grainsgewinnung einkauften, da die preußischen Grains trotz der mannichfachen Mißbräuche, welche mit denselben im Handel mit Grains nach Frankreich und Italien früher vorgekommen sind, sich dennoch eines guten Rufes erfreuen. Haspelcocons wurden daselbst mit 20—26 Sgr. pro Metze, Grainirungs-Cocons mit 26 Sgr. bis 1 Thlr. pro Metze bezahlt. Ein Posten von 70 Metzen des Lehrer Müller in Stritz wurde sogar mit 1 Thlr. 2½ Sgr. pro Metze bezahlt. Die Verhandlungen bei der dortigen General-versammlung sind sehr interessant, und wünschen wir, daß sich Seidenzüchter dieselben durchlesen möchten. Mancher Fingerzeig ist darin, der beherzigt werden möchte.

= **Liegnitz,** 23. Oktbr.*) [Aerztlicher Verein.] Nach längerer Pause vereinigte die heutige Versammlung wieder eine größere Zahl der Mitglieder des Vereins von Aerzten Niederschlesiens und der Lausitz. Der Einladung des Vorsitzenden entsprechend, hatten sich auch Gäste in der Sitzung eingefunden, so daß im Ganzen 11 Städte und Ortschaften, welche zu den Zweig-Vereinen Liegnitz, Hirschberg, Lauban gehören, vertreten waren. Aus dem Zweigvereine Löwenberg war zum lebhaften Bedauern Aller Niemand erschienen.

Der Vorsitzende eröffnete die Sitzung durch eine kurze Ansprache, in welcher er derer gedachte, welche seit Jahresfrist durch den Tod aus den Reihen des Vereins geschieden sind. Es sind dies die Herren Sanitätsrath Dr. Bannerth und Kreis-Wundarzt Au in Steinau a. O. — In dem weiterhin von dem Vorsitzenden erstatteten Jahresbericht wurde die allgemeine Krankheitsconstitution als entzündlich, mit vorherrschend rheumatisch-katarrhalischem Character bezeichnet. Die Masern sind auch hier pandemisch, in ihrem Gefolge der Keuchhusten, aufgetreten. Von Katarrhen waren es vorzüglich die der Augenlidbindehaut, in Form der gewöhnlichen Conjunctivitis catarrhalis; in seltenern Fällen kam die granulöse Form in mittler Intensität vor. Keineswegs war ihr Auftreten so häufig, als angeblich an anderen Orten. Es scheint, daß Verwechselungen beider Formen, von denen die erstern als Nachkrankheit der Masern zu betrachten, diese Angaben hervorgerufen habe. Das auch hier vielfach vorkommende Trachom bedingte ebenfalls öftere Katarrhe. Auch zahlreiche Fälle von Erysipelas gelangten als selbstständige wie Complicationsprocesse zur Beobachtung.

Von Entozoën ist besonders der Bandwurm häufig Gegenstand ärztlicher Behandlung geworden. Ein hierher gehöriger, interessanter Fall von Echinococcus hepatis, wie Fälle der granulösen und einfachen Bindehaut-Entzündung wurden vorgestellt.

Den Kernpunkt der wissenschaftlichen Unterhaltung bildete ein längerer Vortrag des Herrn Dr. Zülzer aus Breslau über Theorie und praktische Anwendung des Kehlkopfspiegels. Nach Demonstration der anatomisch-physiologischen und pathologischen Verhältnisse an vortrefflichen Leichen-Präparaten, sowie eines vollständigen Instrumentariums, gab derselbe eine Darstellung der Geschichte des Kehlkopfspiegels. Hierauf folgte die Anwendung desselben an einigen Personen unter Benutzung verschiedener Beleuchtungs-Apparate. Das rege Interesse Aller für den Gegenstand, erhöht durch die Ausführlichkeit und Reichhaltigkeit des Vortrages, verpflichtete die Versammlung zum lebhaften Dank an Herrn Collegen Zülzer.

Einige neuere Apparate für gynäkologische und chirurgische Zwecke, so wie die vorzüglichen Hyrtl'schen Injections-Präparate waren zur Ansicht resp. Betrachtung unter dem Mikroskop vorgelegt. — Schließlich constituirte der Verein sich von Neuem durch Wiederwahl des bisherigen Vorstandes. Es übernahmen wiederum Hr. Dr. Jänisch den Vorsitz, Hr. Ober-Stabs-Arzt Dr. Bobertag die Rendantur, Hr. Kreis-Physikus Dr. Andersed das Schriftführeramt. — Der Stand der Unterstützungskasse gestattete auch diesmal die eingegangenen 4 Anträge zu berücksichtigen. Die Erledigung einiger weiteren Vereins-Angelegenheiten bildete den formellen Schluß der Sitzung, doch blieb die Mehrzahl der Anwesenden zu einem gemeinschaftlichen Abendbrot vereint. Nach einem auf des Königs Majestät und das königl. Haus ausgebrachten, mit Begeisterung aufgenommenen Toast trat die heiterste, ungezwungenste Unterhaltung in ihre Rechte. Nicht wenig trug dazu bei der bekannte Humor des geschätzten Kollegen aus Lauban. — Wir glauben im Sinne und Wunsche Vieler zu sprechen, wenn wir die Hoffnung baldiger Wiederholung einer ähnlichen Versammlung ausdrücken.

*) Die Masse des anderweitig vorliegenden Stoffes hat uns einige Kürzungen zur Nothwendigkeit gemacht. D. Red.

Miscellen.

Berlin. Der König empfing am Sonntag eine Deputation der Gemeinde Ströbeck (im Magdeburgischen), bestehend aus Pastor Wehrmann, Schulze, Söllig, Schöppe, Gutsbesitzer Loebbecke, Ackermann Langenstraß und Ackermann Haake, und nahm deren Festgeschenk, in Erneuerung eines alten Brauchs, ein Schachspiel, huldvoll entgegen. Dasselbe ist von prachtvoller Boule-Arbeit mit Feldern von Elfenbein und Ebenholz, die Schachfiguren bestehen aus Silber mit Goldverzierungen; das Ganze ist eine Copie des noch heute bei der Gemeinde sorgfältig aufbewahrten Schachspiels, welches der große Kurfürst ihr im Jahre 1651 als Anerkennung ihrer Fertigkeit im Schachspielen zum Geschenk machte, was aus folgender, mit dem kur-brandenburgischen Wappen geschmückten Inschrift, auf dem einen Rande des Schachbrettes befindlich, hervorgeht: „daß Serenissimus, Churfürstl. Durchlaucht zu Brandenburg und Fürst zu Halberstadt, Herr Herr Friedrich Wilhelm rc. dieses Schach- und Courir-Spiel am 13. Mai Ao. 1651 dem Flecken Ströpeck aus sonderen Gnaden verehret, und bei ihrer alten Gerechtigkeit zu schützen gnädigst zugesagt, solches ist zum ewigen Gedächtniß hierauf verzeichnet." Sowohl diese Inschrift nebst Wappen, als auch folgende mit dem jetzigen preußischen Königswappen gezierte, ist auf zwei sich gegenüberstehenden Rändern des neuen Schachbrettes eingefügt: „Sr. Majestät Wilhelm I., ihrem geliebten Könige, widmet zur Krönung, bewahrend alt ehrwürdige Sitte, dieses Spiel, ein Nachbild ihres von Eurer Majestät ruhmwürdigen Ahnherrn im Jahre 1651 huldreichst geschenkten Schachspiels in tiefster Ehrfurcht die Gemeinde Stroebeck." — Bei der Ueberreichung des Schachspiels hielt der Pastor an Se. Maj. eine Ansprache, aus welcher wir folgende Stelle besonders hervorheben: „Wie auf dem Schachbrette die Bauern eine Mauer um den König bilden, so werden die preußischen Bauern zu jeder Zeit treu zu ihrem geliebten König stehen, treu bis zum Tode, und die Mitglieder der Gemeinde Ströbeck werden in dieser Hinsicht nimmer zurückbleiben." — Se. Maj. der König hörte dieser Rede theilnehmend zu, äußerte seinen Dank für die so schöne Gabe und sprach den Wunsch aus, daß die Gemeinde bei dieser Gesinnung beharren möge. Hierauf erkundigte sich der König nach den historischen Momenten, die auf das Schachspielen der Gemeinde Bezug haben, und theilen wir daraus Folgendes mit: Nach der Chronik übergab der Bischof von Halberstadt im Anfange des 11. Jahrhunderts den Ströbeckern einen vornehmen Gefangenen, wahrscheinlich den Grafen Guncellin, oder einen wendischen Fürsten, zur Bewachung, welcher aus Dankbarkeit über die ihm wiederfahrene freundliche und milde Behandlung den Bauern das Schachspielen lehrte. Seit jener Zeit wurde es Sitte, daß die Ströbecker ihrem jedesmaligen neu gewählten Bischofe ein Schachbrett mit silbernen Figuren überreichten, um demselben ihre Unterthänigkeit zu bezeigen. Später wurde dem jedesmaligen weltlichen Landesherrn, wenn derselbe nach dem Antritte seiner Regierung ihren Ort zum erstenmale berührte, am Wege außerhalb des Dorfes eine Partie Schach allerunterthänigst angeboten. So geschah es dem großen Kurfürsten, dem Könige Friedrich Wilhelm I. und Friedrich dem Großen. Das Schachspielen in der Gemeinde wird dadurch aufrecht erhalten, daß die Eltern die Kinder darin unterrichten; jährlich wird eine Prüfung im Schachspielen in der ersten Schulklasse abgehalten, nach welcher die 6 besten Schachspieler nach dreimaligem Siege als Prämie ein Schachbrett erhalten, und die alsdann im Triumphe nach Hause begleitet werden, woselbst deren Angehörige sie festlich bewirthen.

[Eine vorsichtige Bettlerin.] Vor Kurzem wurde eine Bettlerin vor den londoner Polizeirichter gebracht, die mehrere hundert Pfund Sterl. in der englischen Bank liegen hat. Die arme Frau rechtfertigte sich, indem sie behauptete, sie könne sich nicht ins Privatleben zurückziehen, sondern müsse solange betteln gehen, bis sie wenigstens 1 Pfund Sterl. sicheres Einkommen die Woche habe. Da die englische Bank nur 3 % zahlt, eine andere Bank ihr aber nicht sicher genug scheint, so reichen ihre Ersparnisse noch nicht aus, und sie kann den Bettelstab noch nicht in den Winkel stellen. Der Richter schickte sie vorderhand auf einige Wochen ins Gefängniß.

Bekanntmachung.

In der Urwählerversammlung der liberalen Partei des Liegnitz-Goldberg-Hainauer Wahlbezirkes vom 6. Oktober d. J. wurde die Organisation der Partei für die bevorstehenden Wahlen einem aus sieben Personen bestehenden provisorischen Wahlkomite anvertraut mit der Befugniß, sich durch andere Bewohner des Wahlbezirkes zu ergänzen. Auf Grund dieser Ermächtigung haben sich die Unterzeichneten als ein definitives Wahlkomite konstituirt, und richten an ihre Mitwähler hiermit die erste Mahnung, ihre Bestrebungen zur Erzielung freisinniger Wahlen mit den ihrigen zu vereinigen. Der Ernst, der gegenwärtigen politischen Lage Preußens, und die maßlosen Umtriebe der Gegner unsers Verfassungslebens fordern ein kräftiges Zusammenhalten aller verfassungstreuen, konstitutionell und liberal gesinnten Männer, um mit Freimuth und aller Entschiedenheit zu konstatiren, wie das preußische Volk in seiner überwiegenden Mehrheit eine Wiederkehr der glücklich beseitigten Willkürherrschaft nicht will. Um dieses Ergebniß auch für unsern Wahlbezirk herbeizuführen, wollen wir auf die Wahl solcher Abgeordneten hinwirken, die, frei von Sonderinteressen an der Verfassung und deren Grundlagen festhalten, den Ausbau derselben und eine ihrem Geiste entsprechende Handhabung mit allen Kräften fördern, und das durch das Vertrauen Sr. Maj. des Königs berufene Ministerium bei Durchführung dieser Prinzipien energisch unterstützen wollen. Das Bestreben unserer Gegner ist dahin gerichtet, die Einigkeit zwischen König und Volk, aus der Preußens Größe erwachsen ist, zu trüben. Diese Einigkeit ist neu besiegelt durch gegenseitiges treues Festhalten an der Verfassung. Sie wird uns zu einer Lösung der deutschen Frage führen, indem sie Preußen die Stellung an der Spitze Deutschlands verschafft, auf welche es seine Geschichte, seine Machtstellung hinweist.

In Darlegung dieser Grundsätze fordern wir die Urwähler unsers Wahlbezirkes auf, schon bei der Wahl der Wahlmänner nur entschlossenen, selbstständigen und charakterfesten Männern die Stimme zu geben und bemerken gleichzeitig, daß die Unterzeichneten jeder Zeit bereit sind, auf den Wahlakt bezügliche Auskunft zu ertheilen. Eine eingehendere Erörterung der einschlagenden Fragen wird in einer später anzuberaumenden Urwähler-Versamm-stattfinden. [3126]

Liegnitz, den 22. Oktober 1861.

Aßmann, Kreis-Ger.-Rath. **Bartsch,** Stadtverordneter. **Bluhm,** Kaufm. u. Rathmann in Hainau. Dr. **Brix,** Proreктор u. Stadtverordneter. **Dobers,** Erbscholtiseibesitzer in Tentschel. **Eyßenhardt,** Kreis-Gerichts-Rath. **Flögel,** Tischlermeister und Stadverordneter. **Franke,** Posthalter und Rathmann in Hainau. Freih. **von Gablenz,** in Seiffersdorf. **Glogner,** Kaufmann u. Beigeordn. in Hainau. **Gobbin,** Stadt-Syndikus. **Härtelt,** Mechanikus. Dr. **Jänisch,** prakt. Arzt u. Stadtverordneter. **Köhler,** Silberwaaren-Fabrikant. **Mathesius,** Rittergutsbesitzer. **Pleßner,** Rechtsanwalt in Hainau. **Prager,** Bankier und Stadtverordn. **Quoor,** Rittergutsbesitzer. Freih. **v. Schimmelmann,** Rittergutsbesitzer. Dr. **Schreiber,** prakt. Arzt in Goldberg. **Schwarz,** Stadtkoch. **Seibt,** Kreisrichter in Hainau. **Thiel,** Kaufmannn in Hainau. **Trewendt,** Freigutsbesitzer in Parchwitz. **Wandel,** Justizrath in Goldberg.

Im Anschluß an vorstehende Bekanntmachung laden die Unterzeichneten im Auftrage des Wahlkomite's die Urwähler des Liegnitz-Goldberg-Hainauer Wahlbezirks zu einer allgemeinen Versammlung behufs Besprechung der Grundsätze der konstitutionellen und liberalen Partei mit Rücksicht auf die bevorstehenden Wahlen auf

Freitag, den 1. November Nachm. 2 Uhr

in den Saal des Gasthauses „zum Kronprinz von Preußen" bei Tegtmeyer hierselbst, Breslauer-Vorstadt, hiermit ein. Liegnitz, den 26. Oktober 1861.

Aßmann. **Gobbin.** Dr. **Jänisch.**

Die Bewohner der Straßen, durch welche der königliche Zug am 4. November geht, werden gebeten, die Festons über die Straßen wenigstens in einer Höhe von 26 Fuß anzubringen, damit die Wagen mit hohen Emblemen, welche sich im Zuge befinden, durchpassiren können.

Breslau, den 30. Oktober 1861. **Das Fest-Comite.**

Den sämmtlichen Herren Meistern unserer Innung zeigen wir hiermit an, daß **die Einholung Sr. Majestät des Königs** und **Ihrer Majestät der Königin**, so wie **der Aufzug** der hiesigen Innungen vor Ihren Majestäten

Montag, den 4. November d. J.,

stattfindet. — Hierzu laden wir die Herren Meister zu zahlreicher Betheiligung und dem Erscheinen **im festlichen schwarzen Anzuge** am genannten Tage **des Morgens Punkt 11 Uhr** in die Behausung des Herrn Brauereibesitzers **A. Friebe,** Hummerei Nr. 18, ein, und bemerken, daß von hier aus der gemeinsame Abgang nach dem Orte der Aufstellung der Gewerke stattfindet. [3099]

Der Vorstand der Mälzer- und Brauer-Innung.

Mit einer Beilage.